

Hanseatischer
Sparkassen- und
Giroverband

Jahresbericht 2010



Hanseatischer
Sparkassen- und
Giroverband

Jahresbericht 2010



Inhalt

Vorwort	5
Verbandsorganisation	9
Wirtschaftliche Entwicklung in 2010	15
Geschäftsentwicklung der hanseatischen Sparkassen	21
Passivgeschäft	22
Aktivgeschäft	27
Dienstleistungsgeschäfte	29
Liquidität, Ertrag und Eigenkapital	30
Geschäftsentwicklung der hanseatischen Bausparkassen	33
Geschäftsentwicklung der hanseatischen Landesbanken	35
Entwicklung des Versicherungsgeschäftes	39
Aus der Verbandsarbeit	41
Mitglieder, Organe und Ausschüsse des Verbandes	41
Zusammenarbeit	43
Verbandsgeschäftsstelle – Aktuelle Themen –	44
Prüfungsstelle	53
Hanseatische Sparkassenakademie	57
Zusammengefasste Bilanzen der Sparkassen	61
Impressum	62

Geschäftsmodell der Sparkassen hat sich wieder einmal bewährt

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Höhepunkt der Finanzkrise liegt nunmehr zwar bereits zweieinhalb Jahre zurück, aber noch immer beeinflussen ihre Ausläufer unsere Branche und mit ihr auch die Mitglieder des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes.

Rückblickend auf das zurückliegende Jahr 2010 möchte ich jedoch zunächst zwei positive Nachrichten voranstellen:



Zum einen konnten wir uns über wirtschaftliche Rahmenbedingungen freuen, die durch einen globalen Aufschwung, eine durch massive Hilfsprogramme relativ stabilisierte Euro-Zone, ein ungewöhnlich starkes deutsches Konjunkturwachstum, moderate Inflationserwartungen und einen erfreulichen Aufschwung am deutschen Aktienmarkt und steigende Aktienkurse gekennzeichnet waren. Wer hätte am Beginn des vergangenen Jahres schon gedacht, dass Deutschland in so kurzer Zeit zur europäischen Konjunkturlokomotive emporsteigt?

Zum anderen – und dies ist zwar auch eine Folge der aufgezeigten konjunkturellen Entwicklung – können wir feststellen, dass insbesondere unsere Sparkassen wirtschaftlich gut durch die Krise gekommen sind. Erneut eindrucksvoll hat sich gezeigt, dass das nachhaltige Geschäftsmodell der Sparkassen unverändert trägt und Wachstum und Verantwortung sehr wohl zusammen passen. Zwar mag die Eigenkapitalrendite der Sparkassen deutlich geringer sein als die börsennotierter Bankkonzerne, dafür aber gilt unverändert, dass die Dichte unserer Standorte höher ist, dass wir über eine größere Zahl von Beratern verfügen und dass wir damit unverändert näher am Kunden sind, dass unsere Kunden mit den Sparkassen zufriedener sind und dass uns von unseren Kunden entgegengebrachte Vertrauen höher ist.

Geschäftsmodell und klare strategische Ausrichtung unserer Sparkassen haben damit gerade auch im Aufschwung nach einer tiefgreifenden, globalen Krise eine eindrucksvolle Bestätigung erfahren: Einlagen sammeln und als Kredite in der Region und für die Region zur Verfügung stellen, damit investiert werden kann und Arbeitsplätze vor Ort gehalten und geschaffen werden können. Bei allem Wettbewerbsdruck und ungeachtet aller Globalisierung hat sich wieder einmal gezeigt, dass die Bank von morgen nach Prinzipien arbeiten muss, die zeitlos sind und für die unsere Sparkassen stehen: Vertrauen, Sorgfalt und Wirtschaftlichkeit! Eine vermeintlich als langweilig empfundene, maßgeblich auf Kundenorientierung und Langfristigkeit aufbauende Unternehmensphilosophie hat sich als wichtige Tugend entpuppt und das Vertrauen der Menschen in die Sparkassen weiter ausgebaut.

Die ersten Monate des laufenden Jahres haben – ungeachtet gravierender globaler Einschnitte – gezeigt, dass Grund zum Optimismus besteht. Der deutsche Konjunkturmotor läuft rund: Mit einem prognostizierten Wirtschaftswachstum oberhalb von 2 % bleibt Deutschland Konjunkturlokomotive in Europa, und davon werden auch die Bundesländer Bremen und Hamburg und mit diesen unsere Institute in Bremerhaven, Bremen und Hamburg profitieren.

Bleiben die Herausforderungen, hinsichtlich derer trotz aller Freude über den fortdauernden Aufschwung größte Sorgsamkeit geboten ist: Staatsverschuldung und Euro-Krise, Inflationsgefahr sowie – mit Blick auf unsere Sparkassen in ihrer täglichen Arbeit am Kunden – vor allem eine zunehmend ausufernde Bankenregulierung.

Dass Deutschland besser als andere Länder die Krise bewältigen konnte, ist gerade auch der mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur sowie dem dazu passenden Finanzsystem mit einer hohen Bedeutung regional fest verankerter Genossenschaftsbanken und Sparkassen zu verdanken. Vor diesem Hintergrund wird es unsere gemeinsame Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass die anstehende Bankenregulierung nicht zu einem „Stresstest für den deutschen Mittelstand“ wird. Insbesondere Basel III und damit einhergehende deutlich erhöhte Eigenkapitalanforderungen sowie die laufenden Bemühungen um eine Vereinheitlichung der Einlagensicherung in Europa dürfen nicht dazu führen, dass im Nachgang der globalen Finanzkrise nun doch noch eine „Kreditklemme“ entsteht, verursacht durch nicht sachgerechte oder zu pauschale Verschärfungen regulatorischer Anforderungen, die die regional tätige Kreditwirtschaft – und damit das unbestreitbar stabilisierende Element der zurückliegenden Jahre – letztlich härter trifft, als die globalen Akteure, auf die die Turbulenzen an den internationalen Märkten zurückgingen. Selbstverständlich muss nach den Erfahrungen der Finanzkrise die Regulierung der Finanzmärkte sorgsam überprüft und auch verschärft werden, aber vorrangig dort, wo tatsächlich hohe Risiken genommen werden und für die Weltwirtschaft hohe Stabilitätsrisiken entstehen.

Die Mitgliedsinstitute des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes werden jedenfalls alles daran setzen und ihren Beitrag dazu leisten, dass auch künftig ein ausreichendes und attraktives Kreditangebot in Bremerhaven, Bremen und Hamburg bereit steht und unsere Hansestädte weiter wachsen können. Insbesondere unsere Sparkassen werden unverändert alles daran setzen, ihre Kunden kompetent, umfassend und nachhaltig zu beraten, damit am Ende des Jahres deren Kunden und unsere Institute zufrieden auf ein erfolgreiches Jahr 2011 zurückblicken können.

Ihr













Dr. Harald Vogelsang

Verbandsorganisation

Rechtsform

Der Hanseatische Sparkassen- und Giroverband besitzt die Rechtsfähigkeit nach § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Mitglieder

Hamburger Sparkasse AG	
HASPA Finanzholding	— HASPA Finanzholding —
Die Sparkasse Bremen AG	
Finanzholding der Sparkasse in Bremen	
Sparkasse Bremerhaven	
Sparkassenstiftung Bremerhaven	
HSH Nordbank AG	
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –	
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG	
LBS Landesbausparkasse Bremen AG	
neue leben Lebensversicherung AG	
neue leben Unfallversicherung AG	
NRS Norddeutsche Retail-Service AG	

Organe


Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsteher sowie aus den Vertretern der Mitglieder.

Verbandsvorsteher: Präsident Dr. Harald Vogelsang
Stellvertretender Verbandsvorsteher: Reinhard Klein

Organisation

Geschäftsstelle: Verbandsgeschäftsführer
Dr. Günter Ott, bis 30. September 2010
Dr. Jürgen Thiele, ab 1. Oktober 2010
Prüfungsstelle: Revisionsdirektorin WP/StB Claudia Jacobs
Sparkassenakademie: Akademieleiter Fridjof Gutendorf

Mitgliedschaften und Beteiligungen

Der Verband ist ordentliches Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. (DSGV) Berlin, und des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes – öffentliche Körperschaft (DSGV ö.K.), Berlin. Zum 31.12.2010 ist der Verband Mitgesellschafter des Deutschen Sparkassen Verlages GmbH. Er ist zu diesem Stichtag weiterhin beteiligt an der EURO Kartensysteme GmbH und der ConCardis GmbH, an der Finanz Informatik GmbH & Co. KG und an dem Informatikzentrum der Sparkassenorganisation GmbH (SIZ), sowie an der Regionalverbandsgesellschaft der -Finanzgruppe mbH.

Ausschüsse des Verbandes und seine Mitglieder

(Stand 1. Mai 2011)

Arbeitsausschuss für das Privatkundengeschäft

- Vorsitzender: Reinhard Klein
stellv. Sprecher des Vorstandes, Hamburger Sparkasse
- Lothar Behrens-Rösner, Leiter Vertrieb und Marketing,
LBS Landesbausparkasse Bremen
- Michael Busch, Leiter Vertriebskoordination,
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg
- Holm Diez, Leiter Vertriebsmanagement, Die Sparkasse Bremen
- Manfred Draack, Geschäftsfeld Privatkunden,
Sparkasse Bremerhaven
- Thorsten Giele, Zentrales Management Privatkunden,
Hamburger Sparkasse
- Rieka Meetz-Schawaller, Leiterin Privatkunden, HSH Nordbank
- Andreas Ott, Leiter Geschäftsfeld Privatkunden,
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg
- N. N., neue leben Lebensversicherung

Arbeitsausschuss für das Firmenkundengeschäft

- Vorsitzender: Joachim Döpp
Mitglied des Vorstandes, Die Sparkasse Bremen
- Thomas Eichner, Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg
- Siegward Knuth, Sales Support Markt Regional, HSH Nordbank
- Jürgen Marquardt, Leiter Zentrales Management Firmenkunden,
Hamburger Sparkasse
- Manfred Meier, Geschäftsfeld Firmenkunden,
Sparkasse Bremerhaven
- Ralf Pfannenschmidt, Leiter Firmenkunden, Die Sparkasse Bremen

Arbeitsausschuss für Revisionsfragen

- Vorsitzender: Joachim Döpp
Mitglied des Vorstandes, Die Sparkasse Bremen
- Dr. Hans-Jürgen Brasch, Leiter Revision, HSH Nordbank
- Dr. Malte Mellmann, Leiter Revision, Die Sparkasse Bremen
- Bernd Mittelstädt, Leiter Revision, Sparkasse Bremerhaven
- Thorsten Pegelow, Leiter Revision, Hamburger Sparkasse
- Jan T. Saul, Leiter Revision,
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg
- Alexander Schiffer, Leiter Interne Revision,
LBS Landesbausparkasse Bremen
- Gabriele Tanger, Leiterin Interne Revision,
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg

Arbeitsausschuss für Fragen des Rechnungswesens

- Vorsitzender: Uwe Perl
Mitglied des Vorstandes, Sparkasse Bremerhaven
- Dr. Burkhard Haun, Leiter Finanzen und Controlling,
Hamburger Sparkasse
- Rüdiger Dietz, Leiter Finanzen/Controlling,
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg
- York Heitmann, Leiter Finanzen und Administration,
HASPA Finanzholding
- Frank Lamers, Leiter Accounting, HSH Nordbank
- Detlev Nitsche, Leiter Gesamtbanksteuerung,
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg
- Heinz Pfaff, Leiter Konzernrechnungswesen/Steuern,
Die Sparkasse Bremen
- Egbert Prigge, Leiter Rechnungswesen und Controlling,
LBS Landesbausparkasse Bremen
- Alexander zu Putlitz, Leiter Zentralbereich Planung und Steuerung,
Sparkasse Bremerhaven
- Heike Schmitz, Leiterin Finanzen und Controlling,
NRS Norddeutsche Retail-Service
- N. N., neue leben Lebensversicherung

Arbeitsausschuss für betriebswirtschaftliche Fragen

- Vorsitzender: Dr. Wolfgang Botschatzke
Mitglied des Vorstandes, Hamburger Sparkasse
- Dr. Torsten Arens, Leiter IT, HSH Nordbank
- Matthias Hellmann, Leiter Organisation/Informatik,
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg
- Waldemar Nowak, Zentralbereich Produktion und Service,
Sparkasse Bremerhaven
- Niels Rasmussen, Leiter Organisation u. Informationstechnologie,
Die Sparkasse Bremen
- Michael Schmahl, Leiter Zentralaufgaben,
LBS Landesbausparkasse Bremen
- Andreas Seils, Leiter Organisation/Informationssysteme,
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg
- Thomas Tänzer, Leiter Informationstechnologie,
Hamburger Sparkasse
- N. N., NRS Norddeutsche Retail-Service

Arbeitsausschuss Marketing

- Vorsitzender: Claus Brüggemann
Vorsitzender des Vorstandes, Sparkasse Bremerhaven
- Marco Behn, Leiter Kommunikation und Marketing,
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg
- Ortrud Grundmann-Steffen, Abt.-Leiterin Kommunikation,
Sparkasse Bremerhaven
- Andrea Horeis, Leiterin Kommunikation u. Marketing,
LBS Landesbausparkasse Bremen
- Arne Nowak, Leiter Vorstandsstab, Hamburger Sparkasse
- Jörg-Uwe Pfeiffer, Leiter Vertriebsmarketing, Die Sparkasse Bremen
- Anke Rieckhoff, Leiterin Marketing und Kommunikation,
neue leben Lebensversicherung
- Klaus-Günther Steinke, Leiter Unternehmenskommunikation,
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg
- Martina Toelle, Leiterin Marketing, HSH Nordbank

Arbeitsausschuss für Rechtsfragen

- Vorsitzender: Jörg Wohlers
Mitglied des Vorstandes, Hamburger Sparkasse
- Jens Grelle, Leiter Vorstandsstab/Unternehmensentwicklung,
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg
- Harald Köhler, Chefsyndikus,
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg
- Dr. Johannes Künzle, Leiter Kreditmanagement-Recht,
Die Sparkasse Bremen
- Heiko Ludwig, stellv. Leiter Recht, HSH Nordbank
- Olav Melbye, Leiter Kredit und Recht, Hamburger Sparkasse
- Andre Niemeyer, Zentralbereich, Marktfolge Kredit,
Sparkasse Bremerhaven
- Rainer Schönrock, Leiter Produkt- und Vertriebsrecht,
neue leben Lebensversicherung
- N. N., HASPA Finanzholding

Beirat der Akademie

- Vorsitzender: Dr. Harald Vogelsang, Verbandsvorsteher
Sprecher des Vorstandes, Hamburger Sparkasse
- Horst Brüning, Vorstandsvorsitzender,
LBS Landesbausparkasse Bremen
- Claudia Gundermann, Leiterin Personal, Sparkasse Bremerhaven
- Dr. Elisabeth Keßeböhmer, Leiterin Personal, Hamburger Sparkasse
- Dr. Viktor Lau, Gruppenleiter Personalentwicklung/Organisation/
Steuerung, Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg
- Reinhard Lüllmann, Leiter Personal und Bildung,
Die Sparkasse Bremen
- Peter Magel, Vorstandsvorsitzender,
LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg
- Dejan Mavrak, Leiter Recruiting und Young Professionals,
HSH Nordbank

Wirtschaftliche Entwicklung in 2010

Konjunkturverlauf und Wirtschaftswachstum – Rahmenbedingungen –

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen 2010 waren auch für die Mitglieder des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes gekennzeichnet durch einen globalen Aufschwung, eine durch massive Hilfsprogramme relativ stabilisierte Euro-Zone, ein nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes mit 3,6 % ungewöhnlich starkes deutsches Konjunkturwachstum, moderate Inflationserwartungen und einen erfreulichen Aufschwung am deutschen Arbeitsmarkt sowie steigende Aktienkurse. Die Erholung in Deutschland nach dem tiefsten Konjunktureenbruch der Nachkriegsgeschichte ist damit schneller und kräftiger eingetreten als vor Jahresfrist erwartet, und in der inhomogenen Entwicklung innerhalb des Euro-Raums bildete Deutschland hier einen deutlichen Kontrast zu einzelnen „Problemländern“.

Gründe zum Optimismus bietet auch ein Blick in das laufende Jahr: Deutschland sieht sich weiterhin einem günstigen gesamtwirtschaftlichen Szenario gegenüber, das durch eine weiter steigende Beschäftigung geprägt sowie von einer durchaus guten Ertragslage im Unternehmenssektor und einer recht niedrigen Verschuldung bei Konsumenten wie Unternehmen gekennzeichnet wird. Neben den Investitionen kann davon ausgegangen werden, dass auch der private Konsum weiter im Aufwind sein wird, zumal die gute Arbeitsmarktlage das Verbrauchervertrauen stärkt und für eine Steigerung der Markteinkommen sorgt. Dessen ungeachtet wird eine Wiederholung der hohen Wachstumsziffer des Jahres 2010 in 2011 nicht möglich sein; eine reale Wachstumsrate oberhalb erfreulicher 2,5 % erscheint nach vorliegenden Prognosen allerdings durchaus erreichbar.

Ungeachtet des erfreulichen Rückblicks auf 2010 sowie der zuversichtlichen Perspektive für 2011 können der Wirtschaftsaufschwung und die Beruhigungen an den internationalen Finanzmärkten gerade mit einem Blick auf die Kreditwirtschaft aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Finanzkrise noch nicht beendet ist. Der deutsche Bankensektor – und dies gilt erfreulicherweise in besonderem Maße für die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken – hat sich in 2010 als vergleichsweise stabil erwiesen; auch hat er das zurückliegende Jahr und die günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dazu genutzt, in der Krise deutlich gewordene strukturelle Schwächen anzugehen. Dessen ungeachtet besteht aber auch für das laufende Jahr weiterer Anpassungsbedarf im Bankensystem, und hier stehen unverändert die Landesbanken im Fokus. Daneben tritt eine beträchtliche Herausforderung in der Bewältigung der europäischen Staatsschuldenkrise.

Hamburg

In Hamburg stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 um 3,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Das sind 0,2 Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt. Die Erholung von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise war damit zwar auch in der Hansestadt deutlich spürbar, das im Vergleich zu Deutschland jedoch leicht unterdurchschnittliche Wachstum erklärt sich durch die Wirtschaftsstruktur und den eher moderaten Rückgang der Hamburger Wirtschaftsleistung im Krisenjahr 2009.

Hamburgs Wirtschaft ist durch einen hohen Anteil an Dienstleistungsbranchen gekennzeichnet, die verhaltener wuchsen als das Verarbeitende Gewerbe. So zeigte das Verarbeitende Gewerbe bereits im ersten Halbjahr 2010 eine sehr gute Entwicklung, während die meisten Dienstleistungsbereiche erst im zweiten Halbjahr 2010 eine ähnliche Dynamik erreichten. Besonders erfreulich entwickelten sich der Handel sowie die Logistikbranche. Mit einem Seegüterumschlag von 121 Millionen Tonnen konnte der Hamburger Hafen 2010 ein Plus von fast 10 % gegenüber dem Vorjahr erreichen. Mit einem Wachstum von über 12 % legte insbesondere der Containerumschlag kräftig zu.

Dass Hamburgs Wirtschaft im Jahr 2010 deutlich an Schwung gewonnen hat, zeigt zudem die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Im Jahresdurchschnitt 2010 waren 75 600 Hamburger arbeitslos gemeldet, ein Rückgang um 3,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen in Hamburg ist um 0,8 % gestiegen. Damit liegt Hamburg über dem Bundesdurchschnitt von 0,5 %. Ein Beleg für die Stärke der Hamburger Wirtschaft.

Nach Frankfurt ist Hamburg einer der bedeutendsten Finanzplätze in Deutschland – für Norddeutschland ist er der wichtigste. Die in Hamburg ansässigen Kreditinstitute beschäftigen hier rund 25 000 Menschen. Damit ist das Kreditgewerbe ein großer Arbeitgeber in der Hansestadt. Wie die deutsche Kreditwirtschaft insgesamt standen auch die Hamburger Kreditinstitute aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise vor großen Herausforderungen. Der Hamburger Bankenplatz hat sich jedoch insgesamt als stabil erwiesen.

Hamburg ist – das belegte auch die Entwicklung in 2010 – unverändert einer der attraktivsten Wirtschaftsstandorte Nordeuropas. Und im Vergleich mit anderen Bundesländern konnte Hamburg bei Wohlstand und Standortqualität seine Spitzenposition in Deutschland erneut verteidigen, wie Studien immer wieder zeigen. In Hamburg gibt es eine Vielzahl innovativer Wachstumsbranchen wie zum Beispiel die Bereiche Hafen und Logistik, Life-Sciences, Luftfahrtindustrie, Medien und IT sowie regenerative Energien. Der Wissenschaftsstandort Hamburg verfügt über exzellente staatliche und private Hochschulen und renommierte Forschungsinstitute wie die Universität Hamburg – mit mehr als 90 Studiengängen die größte Einrichtung –, die Hochschule für Angewandte Wissenschaften, die Technische Hochschule Hamburg-Harburg mit Ihrem

Northern Institute of Technology, das Deutsche Elektronen-Synchrotron (DESY) oder die private Bucerius Law School. Mit Stadtentwicklungsprojekten wie dem „Sprung über die Elbe“, der Elbphilharmonie und der Hafencity – dem größten innerstädtischen Stadtentwicklungsprojekt in Europa – übt Hamburg eine große Anziehungskraft auf Menschen und Unternehmen aus. So nimmt die Zahl der Einwohner Hamburgs durch Zuzüge aus dem In- und Ausland zu.

Vor diesem Hintergrund bleibt der Tourismus ein wichtiger Impulsgeber der Hamburger Wirtschaft mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten. Im Jahr 2010 stieg die Zahl der Übernachtungen um gut 9 % auf fast 9 Millionen. Ausländische Besucher haben zu diesem Plus erheblich beigetragen. Grund für die Attraktivität Hamburgs im Städtetourismus sind das maritime Flair, die guten Einkaufsmöglichkeiten und das vielfältige Kulturangebot. 40 Theater, 60 Museen und rund 100 Musikclubs sind Teile der kulturellen Vielfalt der Stadt. Zudem ist Hamburg die Musical-Metropole Deutschlands. Traditionsfeste wie Hafengeburtstag und „Dom“, der Besuch von Kreuzfahrtschiffen, viele Sport- und Musikveranstaltungen ziehen ebenso zahlreiche Gäste an wie neue Attraktionen in der Hafencity: So ist hier mit dem „Miniaturwunderland“ die größte Modelleisenbahn der Welt entstanden, und mit dem Internationalen Maritimen Museum hat hier die weltweit größte maritime Privatsammlung ihren „Heimathafen“ gefunden.

Hamburg hat aufgrund der hohen Attraktivität des Standorts auch weitere große Wachstumschancen. Allerdings wird sich auch in Hamburg in 2011 die kräftige Konjunkturerholung des Vorjahres nur in abgeschwächter Form fortsetzen. Das Konjunkturbarometer der Handelskammer Hamburg zeigt, dass bei den Geschäftserwartungen sowie den Investitions- und Personalplänen der befragten Hamburger Unternehmen die positiven Erwartungen überwiegen. Die Planungen der Unternehmen deuten somit auf eine merkliche Expansion bei Investitionen und Beschäftigung hin. Der anhaltende Konjunkturaufschwung wird sich auch auf den Hamburger Arbeitsmarkt positiv auswirken.

Bremen und Bremerhaven

Der in seiner Intensität und Geschwindigkeit unerwartet starke Aufschwung in Deutschland hatte in 2010 auch im Land Bremen eine spürbare konjunkturelle Erholung zur Folge. Die Wirtschaft profitierte hier vor allem von einer verbesserten Auftragslage sowie kräftig steigenden Auslandsgeschäften. Die konjunkturelle Entwicklung Bremens und Bremerhavens hat damit erneut deutlich werden lassen, dass das Land mit seinen beiden Seehäfen an der Schnittstelle der globalen Warenströme und als Industrie- und Hochtechnologiestandort gute Ausgangsbedingungen hat. Zufrieden mit der Entwicklung in 2010 waren bei zusammengefasster Betrachtung insbesondere die Industrie und der Handel, aber auch das Dienstleistungsgewerbe. Ein wesentlicher Konjunkturmotor war einmal mehr der Export, hier profitierten neben den Außen-

händlern besonders die Verkehrs- und Logistikwirtschaft. Positiv festzuhalten ist zudem, dass der Aufschwung in Bremen und Bremerhaven im Laufe des Berichtsjahrs kontinuierlich an Breite gewonnen hat, dass Investitionen branchenübergreifend anziehen und sich in Folge einer insbesondere in der Stadt Bremen verbesserten Arbeitsmarktsituation auch der Privatkonsum belebte.

Im Einzelnen: Während der Einzelhandel auf ein befriedigendes Jahr 2010 zurückblicken konnte, sorgte die Überwindung der Finanzkrise für deutlichen Schub im Groß- und Außenhandel. Stark verbessert hat sich die Konjunktur auch in weiten Teilen des Dienstleistungssektors, vor allem in der Verkehrs- und Logistikwirtschaft. In Folge des konjunkturellen Aufschwungs konnten insbesondere die Bremischen Seehäfen nach einem harten Einbruch in 2009 ihren gesamten Güterumschlag in 2010 um deutliche 9 % steigern, der Containerumschlag legte um 7 % und der Automobilumschlag um 32 % zu. Hinter den allgemein guten Entwicklungen zurück blieb demgegenüber vor allem angesichts der kalten Witterung in 2010 das Baugewerbe in den beiden Hansestädten.

Anknüpfend an die sehr erfreuliche Entwicklung des Vorjahres festigte sich in 2010 maßgeblich beeinflusst durch steigende Gästezahlen aus dem Ausland und einzelne Großveranstaltungen im Land Bremen wie der SAIL 2010 und der Tag der Deutschen Einheit die Tourismuswirtschaft. Sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven schlug sich diese erfreuliche Entwicklung erneut nicht nur in der Zahl der Tagesgäste, sondern auch in kontinuierlich wachsenden Übernachtungszahlen nieder.

Eher verhalten zeigte sich in 2010 der Arbeitsmarkt in dem Zwei-Städte-Staat. Ungeachtet der sehr positiven konjunkturellen Entwicklung verblieb es im Land Bremen bei einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten Arbeitslosenquote von 11,5 %; positiv zu vermerken war jedoch der Rückgang der konjunkturell bedingten Kurzarbeit sowie das Wachstum der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (+ 1 %) und das deutliche Anwachsen offener Stellen. Unterschiede zeigten sich bei einer getrennten Betrachtung beider Hansestädte: Einem positiven Trend in Bremen – hier verringerte sich die Quote auf 10,4 % (2009: 10,8 %) – stand in Bremerhaven eine signifikante Erhöhung auf 16,7 % (2009: 14,7 %) gegenüber.

Abseits aller Anstrengungen um eine kontinuierliche Verbesserung harter ökonomischer Daten und Fakten wurden in 2010 die Bemühungen um eine weitere Profilierung der Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven sowie um eine Steigerung ihrer Attraktivität auch als Wohn- und Lebensräume kontinuierlich vorangetrieben: So gewann in den vormaligen Hafengebieten der heutigen „Bremer Überseestadt“ nach erfolgreichem Start als Standort für Gewerbe und Dienstleistung in 2010 auch das wassernahe Wohnen zunehmend an Bedeutung. Mit gleicher Konsequenz setzte Bremerhaven im Berichtszeitraum seinen Weg zur „Klimastadt“ fort: Gestützt auf die drei Leuchtturmprojekte – das „Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI)“, das sich zunehmend größerem Zuspruch erfreuende „Klimahaus Bremerhaven

8°Ost“ und ein erfolgreiches „Offshore-Windenergie-Cluster“ – sowie unter Berufung auf die außergewöhnliche Vielzahl an Unternehmen und Institutionen, die sich mit dem Klimaschutz, der Klimaforschung und der Nutzung erneuerbarer Energien beschäftigen, zielt man hier auf eine Alleinstellung in Deutschland ab.

In Erwartung einer Fortsetzung der positiven konjunkturellen Entwicklung, eines Rückgangs der Arbeitslosigkeit sowie steigender Investitionen in Produktivitätsverbesserungen und Kapazitätserweiterungen der Unternehmen sind die Hansestadt Bremen und Bremerhaven mit Zuversicht in das Jahr 2011 gestartet. Größte Herausforderungen bleiben auch für das Bundesland Bremen die erforderliche Sanierung der öffentlichen Haushalte sowie die weitere Stärkung der Wirtschaftskraft beider Hafenstädte.

Geschäftsentwicklung der hanseatischen Sparkassen

Die hanseatischen Sparkassen haben im Geschäftsjahr 2010 ihren erfolgreichen Wachstumskurs fortsetzen können. Das Geschäftsmodell, in der Region für die Region Einlagen zu sammeln und vor Ort Kredite zu vergeben, hat sich erneut bewährt.

Das Kundenkreditgeschäft hat im Berichtsjahr eine erneute und deutliche Ausweitung erfahren. Dagegen musste die Einlagenseite einen leichten Dämpfer hinnehmen.

Die zusammengefasste Bilanzsumme hat sich um 740,6 Mill. € oder 1,5 % auf 51,5 Mrd. € erhöht.

Bilanzsummen der hanseatischen Sparkassen

	Bilanzsumme Mill. €	Veränderung	
		Mill. €	%
2006	46 880,6	2 127,2	4,8
2007	47 515,0	634,4	1,4
2008	48 989,8	1 474,8	3,1
2009	50 720,2	1 730,4	3,5
2010	51 460,8	740,6	1,5

Die wesentlichen Geschäftspositionen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Wesentliche Geschäftspositionen der Sparkassen

	Bestand 31.12.2010 Mill. €	Veränderungen		
		2010		2009
		Mill. €	%	%
Gesamteinlagen	37 814,2	- 218,3	- 0,6	5,5
Kreditvolumen	36 366,6	2 181,9	6,4	5,5
Eigene Wertpapiere	10 826,7	626,1	6,1	16,1
Verbindlichkeiten gegenüber				
Kreditinstituten	8 375,4	601,3	7,7	0,5
Forderungen an Kreditinstitute	2 508,2	- 1 980,1	- 44,1	- 5,3

Passivgeschäft


Entwicklung der Spareinlagen

Der Spareinlagenbestand hat sich um 367,1 Mill. € oder 3,9 % ermäßigt.

Entwicklung des Spareinlagenbestandes			
	Bestand Mill. €	Veränderung	
		Mill. €	%
2006	11 019,7	- 175,8	- 1,6
2007	10 558,0	- 461,7	- 4,2
2008	10 521,6	- 36,4	- 0,3
2009	9 510,4	- 1 011,1	- 9,6
2010	9 143,3	- 367,1	- 3,9

Struktur der Spareinlagen

Einzig Spareinlagen mit Zuwachs waren im Jahr 2010 die normal verzinsten Standardsparformen. Dagegen verzeichnen die befristet oder unbefristet höher verzinsten Sondersparformen wieder einen deutlichen Bestandsrückgang.

Der Anteil der höher verzinsten Sparprodukte macht dennoch mit 7 464,8 Mill. € 81,6 % (2009: 83,5 %) der gesamten Spareinlagen aus, wobei bestandsseitig Sparverträge mit geldmarktorientierter Verzinsung dominieren, gefolgt vom -Prämien sparen flexibel.

Bewegungen im Sparverkehr

Die Gutschriften im Sparverkehr haben gegenüber den Vorjahren deutlich abgenommen, aber auch die Auszahlungen liegen merklich unter dem Vorjahreswert. Die Folge wird im Saldo sichtbar: Der Rückgang der Spareinlagen (- 367,1 Mill. €) hat sich fortgesetzt, zeigt aber nicht mehr die Ausmaße des Vorjahres.

Umsätze im Sparverkehr					
	2006 Mill. €	2007 Mill. €	2008 Mill. €	2009 Mill. €	2010 Mill. €
Gutschriften	4 942,6	5 243,8	5 373,1	4 632,1	3 065,1
Auszahlungen	5 356,3	5 960,2	5 624,3	5 907,3	3 549,8
Saldo	- 413,8	- 716,4	- 251,2	- 1 275,2	- 484,7
Zinsgutschriften	238,0	254,7	214,8	264,1	117,5
Veränderung	- 175,8	- 461,7	- 36,4	- 1 011,1	367,1

Sparkonten

Die Zahl der Sparkonten betrug am Ende des Berichtsjahres 2 357 818. Damit hat sich auch dieses Jahr der seit langem zu beobachtende, strukturbedingte Bestandsrückgang weiter fortgesetzt. Das durchschnittliche Guthaben je Sparkonto hat sich in 2010 erneut verringert und liegt mit nun 3 878 € auf dem niedrigsten Niveau der letzten sechs Jahre.

Sparkonten		
Jahresende	Anzahl	Durchschnittsguthaben €
2006	2 759 384	3 994
2007	2 683 754	3 934
2008	2 495 653	4 216
2009	2 407 730	3 950
2010	2 357 818	3 878

Lotterie-Sparen

Als Kombination von Sparen und Gewinnen wird das Lotterie-Sparen auch im neunundfünfzigsten Jahr seines Bestehens von den Kunden geschätzt. Mit 15,0 Millionen verkauften Sparlosen wurde ein Sparkapital von 59,9 Mill. € gebildet (2009: 15,5 Millionen Lose mit 62,1 Mill. € Kapital). Beinahe 99 % der Sparlose werden im Dauerauftragsverfahren erworben.

In den Monatsauslosungen ist eine Gewinnsumme von 6,9 Mill. € ausgespielt worden (2009: 7,3 Mill. €). In der jährlichen Zinsenauslosung wurden gut 0,4 Mill. € zusätzlich ausgeschüttet.

Als Zweckertrag aus dem Sparjahr 2009/2010 sind 3,9 Mill. € sozialen, karitativen, jugendpflegerischen und sonstigen gemeinnützigen Einrichtungen zugewendet worden.

Sparkassenbriefe

Der Bestand an Sparkassenbriefen einschließlich Kapitalsparbriefen mit Nachrangabrede hat sich um 76,9 Mill. € oder 5,9 % auf 1 235,6 Mill. € ermäßigt.

Inhaberschuldverschreibungen

Die von den Mitgliedssparkassen ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen haben im Berichtsjahr einen Bestandsrückgang um 58,4 Mill. € (2009: + 343,2 Mill. €) zu verzeichnen. Der Jahresendbestand im Kundengeschäft in Höhe von 2 995,1 Mill. € beinhaltet 73,0 Mill. € Schuldverschreibungen mit Nachrangabrede.

Pfandbriefe

Der Jahresendbestand der von den hanseatischen Sparkassen herausgegebenen Pfandbriefe beläuft sich auf 1 935,1 Mill. € und liegt damit um 701,9 Mill. € oder 56,9 % über dem Vorjahreswert.

Wertpapiere

Im Wertpapierkommissionsgeschäft überstiegen die Käufe die Verkäufe um 790,3 Mill. € (Nettoabsatz 2009: - 643,2 Mill. €). Bei gegenüber dem Vorjahr um 11 % gestiegenen Käufen und um rund ein Fünftel zurückgegangenen Verkäufen resultiert der nun wieder positive Nettoabsatz in 2010 überwiegend aus dem Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren, gefolgt – allerdings mit deutlichem Abstand – von Aktien/Optionsscheinen.

Gesamtersparnisbildung

Der Saldo der Gesamtersparnis weist nach einem Rekordminus im Vorjahr wieder ein leichtes Plus aus. Der Zuwachs liegt in der positiven Entwicklung der Eigen- und Fremdemissionen begründet. Hohe Abflüsse haben weiterhin die Termingelder aufzuweisen.

Entwicklung der Gesamtersparnisbildung					
	Spareinlagen	Sparkassen-eigene Emissionen	Termingelder	Wertpapiere anderer Emittenten	Ersparnisbildung insgesamt
	Mill. €	Mill. €	Mill. €	Mill. €	Mill. €
2006	- 175,8	204,8	1 170,2	346,6	1 545,8
2007	- 461,7	- 36,2	- 788,8	1 230,2	- 56,5
2008	- 36,4	41,1	1 902,2	- 339,9	1 566,9
2009	- 1 011,1	717,8	- 2 494,5	- 643,2	- 3 431,0
2010	- 367,1	566,6	- 1 113,0	790,3	123,1

Sicht- und Termineinlagen

Die Sichteinlagen haben sich im Berichtsjahr um 695,1 Mill. € (4,6 %) auf 15 946,1 Mill. € erhöht. Die Termineinlagen sind um 1 113,0 Mill. € (14,5 %) gesunken und erreichen einen Jahresendbestand von 6 559,0 Mill. €.

Gliederung nach Sicht- und Termineinlagen			
	Sichteinlagen Mill. €	Termineinlagen Mill. €	insgesamt Mill. €
2006	8 487,0	9 053,1	17 540,0
2007	10 151,5	8 264,3	18 415,8
2008	10 497,0	10 166,4	20 663,4
2009	15 251,0	7 672,0	22 923,0
2010	15 946,1	6 559,0	22 505,1

Gesamtverbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, die sich aus Spareinlagen und anderen Kundengeldern zusammensetzen, sind im Berichtsjahr um 218,3 Mill. € oder 0,6 % auf 37 814,2 Mrd. € gesunken (2009: + 5,5 %). Die Verbindlichkeiten werden zu 62,0 % von Privatpersonen gehalten (2009: 61,6 %).

Entwicklung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
	Spareinlagen Mill. €	andere Verbindlichkeiten Mill. €	insgesamt Mill. €
2006	11 019,7	22 416,4	33 436,1
2007	10 558,0	23 256,0	33 814,0
2008	10 521,6	25 544,8	36 066,4
2009	9 510,4	28 522,1	38 032,6
2010	9 143,3	28 670,9	37 814,2

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfielen Ende des Berichtsjahres 24,2 % (2009: 25,0 %) auf Spareinlagen und 75,8 % (2009: 75,0 %) auf andere Kundengelder.

Die Bankengelder haben sich im Berichtsjahr um 601,3 Mill. € oder 7,7 % auf 8 375,4 Mill. € erhöht (2009: + 0,5 %).

Girokonten

Im Berichtsjahr ist die Zahl der Girokonten um 58 366 auf 1 659 083 gestiegen (2009: + 104 026 auf 1 600 717 Girokonten), davon 1 447 645 Privatgirokonten.

Die hanseatischen Sparkassen führen je 1 000 Einwohner 679 Girokonten und liegen damit weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 546 Girokonten.

SparkassenCards

Mit der SparkassenCard können die Kunden die bewährten Vorteile des bargeldlosen Zahlens ohne Einschränkung nutzen. Das Maestro-Symbol gewährleistet einen weltweiten Einsatz und die Akzeptanz der Karte. So kann mit der SparkassenCard an allen Geldautomaten in Deutschland und weltweit in über 100 Ländern an rund einer Million Automaten mit Maestro-Symbol Bargeld abgehoben werden. Zudem akzeptieren weltweit rund 11 Millionen Geschäftskassen die SparkassenCard zum Bezahlen.

In Deutschland stehen den Kunden der hanseatischen Institute über 26 000 Geldautomaten der Sparkassen-Finanzgruppe und der Landesbanken für eine kostenlose Bargeldversorgung zur Verfügung.

Der meist in die SparkassenCard integrierte Geldkarte-Chip hilft im Inland beim schnellen Bezahlen kleinerer Beträge und dient damit als Elektronische Geldbörse.

Per Jahresende 2010 sind von den hanseatischen Sparkassen insgesamt 1 433 050 SparkassenCards an Kunden ausgegeben (Ende 2009: 1 417 926).

Kreditkarten

Ende 2010 hatten die hanseatischen Sparkassen 280 513 Privatkunden-Kreditkarten von MasterCard ausgegeben; dies ist gegenüber 2009 ein Zuwachs um 6,5 %. Bezogen auf die Privatgirokonten haben 19,4 % der Kunden eine MasterCard (2009: 18,8 %).

Darüber hinaus werden von zwei hanseatischen Sparkassen auch Kreditkarten von VISA International angeboten. Am Jahresende 2010 waren 140 656 Privatkundenkarten ausgegeben (+ 14,4 %).

Aktivgeschäft

Gesamtkreditvolumen

Das Kundenkreditgeschäft hat im dritten Jahr in Folge einen Zuwachs über Vorjahresniveau zu verzeichnen. Damit haben die hanseatischen Sparkassen in ihren Geschäftsgebieten entscheidend dazu beigetragen, das Entstehen einer Kreditklemme zu verhindern. Prozentual weisen die kurzfristigen Finanzierungen den höchsten Zuwachs aus, betragsmäßig liegen die langfristigen Ausleihungen vorn. Über alle Laufzeiten stellen zwar die Unternehmen und Selbstständigen die stärkste Kreditnehmergruppe dar, aber auch die privaten Baufinanzierungen wurden stark nachgefragt.

Entwicklung des Gesamtkreditvolumens			
	Bestand Mill. €	Veränderung	
		Mill. €	%
2006	31 308,7	- 488,3	- 1,5
2007	30 804,4	- 504,3	- 1,6
2008	32 401,8	1 597,4	5,2
2009	34 184,8	1 782,9	5,5
2010	36 366,6	2 181,9	6,4

Vom Gesamtkreditvolumen entfallen 36 348,7 Mill. € auf Kredite aus Sparkassenmitteln und 17,9 Mill. € auf Treuhandkredite.

Kredite nach Fristen

Die langfristigen Ausleihungen (Laufzeiten von über 5 Jahren) sind um 1 665,9 Mill. € oder 5,9 % gestiegen (2009: + 1 169,0 Mill. € oder 4,3 %).

Die mittelfristigen Ausleihungen (Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahren) weisen einen Anstieg um 156,0 Mill. € oder 6,8 % auf nunmehr 2 467,2 Mill. € aus (2009: + 538,2 Mill. € oder 30,4 %).

Kreditvolumen nach Fristen				
	kurzfristig Mill. €	mittelfristig Mill. €	langfristig Mill. €	insgesamt Mill. €
2006	2 992,3	1 558,3	26 737,3	31 287,9
2007	3 053,0	1 593,4	26 137,5	30 783,9
2008	3 477,1	1 772,9	27 132,1	32 382,2
2009	3 553,5	2 311,1	28 301,2	34 165,8
2010	3 914,5	2 467,2	29 967,0	36 348,7

Bei den kurzfristigen Krediten (Laufzeiten bis 1 Jahr) einschließlich Wechselkredite ist ein Bestandsanstieg um 361,0 Mill. € (10,2 %) festzustellen (2009: + 76,4 Mill. € oder 2,2 %).

Von den gesamten Krediten aus Sparkassenmitteln entfielen im Berichtsjahr 17,6 % auf die kurz- und mittelfristigen und 82,4 % auf die langfristigen Kredite. Der Anteil der langfristigen Kredite am Gesamtbestand hat sich damit 2010 lediglich um weitere 0,4 Prozentpunkte ermäßigt.

Die Darlehenszusagen in Höhe von insgesamt 9,92 Mrd. € liegen um 3,9 % über dem Vorjahresvolumen.

Sonstige Anlagen

Die Ausleihungen an Kreditinstitute haben im Berichtsjahr um 1 980,1 Mill. € oder 44,1 % auf 2,51 Mrd. € abgenommen (2009: - 250,4 Mill. € oder - 5,3 %).

Die eigenen Wertpapierbestände der hanseatischen Sparkassen wurden um 626,1 Mill. € oder 6,1 % auf 10,8 Mrd. € aufgestockt (2009: + 1 417,9 Mill. € oder 16,1 %).

Die Beteiligungen einschließlich der Anteile an verbundenen Unternehmen sind um 1,7 Mill. € auf 310,3 Mill. € gestiegen (2009: - 1,9 Mill. €), und die Sachanlagen haben sich um 14,2 Mill. € auf 141,4 Mill. € ermäßigt (2009: - 12,5 Mill. €).

Dienstleistungsgeschäfte

Zahlungsverkehr

Im Zahlungsverkehr dominiert die elektronische Datenübermittlung. Die Angebote und Aktivitäten der Sparkassen auf dem Gebiet der Electronic Services haben dazu beigetragen, dass im privaten Bereich und vor allem in Unternehmen die elektronische Zahlungsabwicklung fast selbstverständlich geworden ist.

Für die Privatkunden wird eine ganze Palette an Online-Services angeboten. Sie reicht vom Online-Banking und Online-Brokerage bis hin zum Telefon-Banking und dem beliebten Mobile-Banking. Diese zeitgemäßen Formen des Banking sind einfach und sicher und bieten den Kunden Bankleistungen unabhängig von Ort und Zeit. In den hanseatischen Sparkassen sind zum Ende des Berichtsjahres mehr als 783 109 Girokonten (2009: 711 800) für die Online-Services freigeschaltet.

Wenn es in Unternehmen um effizientes Finanzmanagement und straffes Kostenmanagement geht, finden sie in den Sparkassen qualifizierte Ansprechpartner für Electronic Banking, Kartenzahlungssysteme oder E-Commerce. Mit dem Produkt **€-Firm** erhalten die Unternehmen mehrere Anwendungen aus einer Hand. Die Basis für das Finanzmanagement bildet die Abwicklung des inländischen und weltweiten Zahlungsverkehrs. Fällige Termine werden automatisch überwacht und Zahlungsaufträge unter Berücksichtigung der valutarischen Kontostände disponiert. Das Cash Management bietet zusätzlich eine zinsoptimale Liquiditätssteuerung durch den Ausgleich negativer Salden und der Kontokonzentration der Überschüsse. Ein modularer Aufbau von **€-Firm** ermöglicht den Zuschnitt auf die individuellen Bedürfnisse.

Wertpapierkommissionsgeschäft

Auf den 395 750 Kundendepots haben die hanseatischen Sparkassen im Berichtsjahr Umsätze mit einem Gesamtbetrag von 8 515,0 Mill. € (2009: 9 026,0 Mill. €) abgerechnet. Käufen von 4 652,7 Mill. € standen Verkäufe der Kunden sowie Tilgungen in Höhe von zusammen 3 862,3 Mill. € gegenüber, so dass sich ein Nettoabsatz von 790,3 Mill. € ergab (2009: - 643,2 Mill. €).

Entwicklung des Wertpapierkommissionsgeschäftes

	Anzahl Kundendepots	Gesamtumsatz Mill. €	Nettoabsatz Mill. €
2006	420 898	10 682,3	346,6
2007	417 512	15 053,0	1 230,2
2008	408 002	10 512,2	339,9
2009	398 223	9 026,0	- 643,2
2010	395 750	8 515,0	790,3

Liquidität, Ertrag und Eigenkapital

Liquidität

Die Zahlungsbereitschaft der hanseatischen Sparkassen war während des Berichtsjahres jederzeit uneingeschränkt gegeben. Die auf § 11 des Kreditwesengesetzes beruhende Liquiditätsverordnung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ist stets eingehalten worden.

Grundgedanke der Liquiditätsverordnung ist, dass ein Institut jederzeit über genügend Zahlungsmittel verfügen muss, um seinen kurzfristigen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Deshalb werden in einem auf Restlaufzeiten konzipierten Verfahren die Zahlungsverpflichtungen entsprechenden Zahlungsmitteln gegenübergestellt. Dieses geschieht in Form von Liquiditäts- und Beobachtungskennzahlen mit Beobachtungszeiträumen bis zu einem Jahr. Die Kennzahlen müssen dabei stets größer oder gleich dem Wert 1 sein. Zum Jahresende 2010 weisen die hanseatischen Sparkassen zusammengefasst eine Liquiditätskennzahl von 2,38 aus.

Entwicklung der Liquidität	
	Liquiditätskennzahl
2006	1,91
2007	2,00
2008	1,86
2009	2,13
2010	2,38

Ertrag

Bezogen auf die Durchschnittsbilanzsumme (DBS) weisen die hanseatischen Sparkassen ein Betriebsergebnis vor Bewertung von 0,90 % nach 0,75 % im Vorjahr aus. Dieser erneute Anstieg liegt im Wesentlichen an dem höheren Zinsüberschuss, hervorgerufen durch ein leicht positives Zinsergebnis aus Derivaten bei gegenüber dem Vorjahr gleichermaßen deutlich geringerem Zinsaufwand und -ertrag. Hinzu kommen der moderat gestiegene ordentliche Ertrag und der leichte Rückgang im ordentlichen Aufwand.

Bei einem im Vorjahresvergleich besseren Bewertungsergebnis, einem leicht negativen Neutralen Ergebnis und erneut höheren Steuern wird ein Jahresüberschuss von 0,21 % der DBS erreicht (2009: 0,16 %).

Eigenkapital

Die hanseatischen Sparkassen haben Ende 2010 nach der Bilanzstatistik Eigenkapital in Höhe von 2 861,1 Mill. € ausgewiesen. Darin enthalten sind 605,0 Mill. € Genussrechtskapital und längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme hat (ohne die Gewinnzuführung des Jahres 2010) wiederum leicht abgenommen und beträgt nun 5,56 %.

Entwicklung des Eigenkapitals		
	Mill. €	% der Bilanzsumme
2006	2 694,0	5,75
2007	2 796,4	5,89
2008	2 840,3	5,80
2009	2 903,9	5,73
2010	2 861,1	5,56

§ 10 Kreditwesengesetz regelt zusammen mit § 2 Solvabilitätsverordnung die Angemessenheit der Eigenmittel eines Institutes. Die Anforderungen der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht herausgegebenen Solvabilitätsverordnung sind täglich zum Geschäftschluss einzuhalten; die hanseatischen Sparkassen haben im Berichtsjahr das Mindesteigenkapital zu keiner Zeit unterschritten.

Geschäftsentwicklung der hanseatischen Bausparkassen

LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG

Vor gut vier Jahren haben die Bausparkasse Hamburg AG und die Landesbausparkasse Schleswig-Holstein AG fusioniert. Das neue Institut firmiert seither als LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG.

Die Bausparkasse kann wieder einen guten Geschäftsverlauf vorweisen und beweist damit die weiterhin hohe Beliebtheit des Produktes. Die erneut und deutlich gestiegene durchschnittliche Bausparsumme bei gleichzeitiger Erhöhung der Spareinlagen zeigt die klare Ausrichtung der Bausparer an einem späteren Bau oder Immobilienkauf.

Im Bruttoneugeschäft 2010 wurden 45 222 Bausparverträge mit einer Vertragssumme von 1 719,0 Mill. € abgeschlossen; das Abschlussvolumen liegt damit um 315,7 Mill. € über dem des Vorjahres. Die durchschnittliche Bausparsumme bei den Neuverträgen liegt bei 38 012 € (Vorjahr: 34 013 €).

Insgesamt betreute die Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg zum Jahresende 469 957 Verträge mit einem Volumen von 13 034,2 Mill. €.

Der Bauspareinlagenbestand ist im Berichtsjahr um 63,3 Mill. € auf 1 824,4 Mill. € gestiegen, und der Bestand an Baudarlehen hat sich um 125,1 Mill. € auf 1 600,4 Mill. € ermäßigt.

Die Bilanzsumme der Bausparkasse beträgt 2 209,5 Mill. €.

Entwicklungsdaten der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG

	2006 Mill. €	2007 Mill. €	2008 Mill. €	2009 Mill. €	2010 Mill. €
Bilanzsumme	2 795,3	2 724,7	2 432,1	2 242,2	2 209,5
Spareinlagenbestand	1 673,0	1 743,2	1 733,9	1 761,1	1 824,4
Baudarlehen	1 947,7	1 888,7	1 853,8	1 725,5	1 600,4
Bausparsumme	12 239,8	12 358,1	12 526,0	12 720,1	13 034,2
davon neu	1 548,0	1 463,0	1 521,0	1 403,3	1 719,0
	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück
Vertragsbestand	523 918	506 285	492 130	480 389	469 957
davon neu	53 964	48 230	53 144	41 258	45 222

2006: zusammengefasste Zahlen der beiden Einzelinstitute
ab 2007: Werte der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG

LBS Landesbausparkasse Bremen AG

Auch die LBS Landesbausparkasse Bremen AG ist mit ihrem Geschäftsergebnis zufrieden. Bausparen steht bei den Sparern nicht nur wegen der Sicherheit hoch im Kurs, es ist im Urteil der Menschen auch der entscheidende Schlüssel für die beliebteste Altersvorsorgeform, die eigenen vier Wände.

Im Nettoneugeschäft wurden 11 426 Bausparverträge mit einer Vertragssumme von 253,6 Mill. € abgeschlossen; das Abschlussvolumen des Vorjahres wurde damit um 35,8 Mill. € verfehlt. Die durchschnittliche Bausparsumme bei den Neuverträgen liegt bei 22 195 € (Vorjahr: 22 718 €).

Insgesamt betreute die Landesbausparkasse Bremen zum Jahresende 108 152 Verträge mit einem Volumen von 2 456,2 Mill. €.

Der Bauspareinlagenbestand hat sich im Berichtsjahr um 7,4 Mill. € auf 413,7 Mill. € erhöht und der Bestand an Baudarlehen ist um 33,8 Mill. € auf 284,2 Mill. € zurückgegangen.

Die Bilanzsumme der Landesbausparkasse beträgt 508,2 Mill. €.

Entwicklungsdaten der LBS Landesbausparkasse Bremen AG					
	2006 Mill. €	2007 Mill. €	2008 Mill. €	2009 Mill. €	2010 Mill. €
Bilanzsumme	581,3	514,7	515,1	499,4	508,2
Spareinlagenbestand	415,9	412,3	403,8	406,3	413,7
Baudarlehen	376,6	347,1	334,1	318,0	284,2
Bausparsumme	2 531,7	2 541,8	2 567,3	2 560,6	2 456,2
davon neu	336,5	349,7	360,1	289,4	253,6
	Stück	Stück	Stück	Stück	Stück
Vertragsbestand	125 130	120 350	117 241	114 070	108 152
davon neu	14 242	14 498	15 901	12 739	11 426

Die LBS Landesbausparkasse Bremen AG hat im Berichtsjahr 32 Neubawohnungen mitfinanziert.

Geschäftsentwicklung der hanseatischen Landesbanken

HSH Nordbank AG

Die HSH Nordbank hat im Geschäftsjahr 2010 ihre strategische Neuausrichtung mit ihrer klaren strategischen Fokussierung der Kernbank auf regionale und sektorale Aktivitäten weiter umgesetzt. Dass das Institut auf dem Weg zu einer nachhaltig stabilen und erfolgreichen Bank in der Region wesentlich vorangekommen ist, zeigen die erzielten Erfolge: Bereits ein Jahr vor den Planungen wurde die Gewinnzone wieder erreicht. Weiter verlief der Bilanzabbau durch Reduktion der in der internen Restructuring Unit gebündelten Risikopositionen bislang schneller als geplant. Im Rahmen der Geschäftsfokussierung wurde auch die Zahl der Mitarbeiter weiter verringert und das Standortnetz der Bank verkleinert. Zudem hat die Bank zahlreiche zentrale Prozesse und damit verbundene Organisationsstrukturen optimiert und dadurch einen Großteil der nach Ausbruch der Finanzkrise identifizierten Strukturschwächen behoben.

Die Bilanzsumme konnte 2010 durch fortgesetzten Abbau von Risikopositionen bis zum Jahresultimo 2010 weiter auf 151 Mrd. € reduziert werden (Vorjahr: 174 Mrd. €). Die Kernkapitalquote verbesserte sich deutlich auf 15,4 % und zeigt damit zum Jahresultimo 2010 eine solide Kapitalausstattung.

Nachdem für 2009 noch ein negatives Ergebnis vor Restrukturierung von - 718 Mill. € anfiel, erzielte die Bank nunmehr ein Ergebnis in Höhe von 545 Mill. €. Damit war sie erstmals seit 2007 wieder in der Lage – trotz des Aufwands für staatliche Garantien – mit 48 Mill. € einen Konzernüberschuss für ein volles Geschäftsjahr auszuweisen. Im Vorjahr war noch ein Fehlbetrag von - 743 Mill. € zu verzeichnen.

Insgesamt konnten die Ergebnisse im Jahr 2010 deutlich stärker als in der Finanzplanung der Bank vorgesehen verbessert werden. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung waren sinkende Belastungen im Kreditgeschäft vor dem Hintergrund konsequenter Portfoliovereinigungen und des konjunkturellen Aufschwungs im Geschäftsjahr 2010.

Die Kernbank profitierte von der strategischen Fokussierung auf attraktive Geschäftsfelder und erwirtschaftete für 2010 ein Ergebnis vor Restrukturierung in Höhe von 574 Mill. € (Vorjahr: 354 Mill. €).

Die gezielte Rückführung von strategisch nicht mehr relevanten Geschäften im Rahmen der Neuausrichtung spiegelte sich in der Ertragslage der Bank wider, insbesondere im Zinsüberschuss. Zudem sorgten Bewertungseffekte für ein negatives Handelsergebnis. Dagegen konnte der Aufwand für Kreditrisikovorsorge substanziell auf - 129 Mill. € reduziert werden (Vorjahr: - 2 794 Mill. €). Der Verwaltungsaufwand lag mit - 867 Mill. € leicht über dem Vorjahresniveau (- 830 Mill. €). Der

Gesamtaufwand für die Bereitstellung öffentlicher Garantien belief sich zum Jahresultimo 2010 auf - 519 Mill. €. Davon entfallen - 405 Mill. € (Vorjahr: - 365 Mill. €) auf die Zweitverlustgarantie der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein. Für die Garantien des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) verbuchte die HSH Nordbank einen Aufwand in Höhe von - 114 Mill. € (Vorjahr: - 118 Mill. €).

Das Ergebnis vor Steuern belief sich für 2010 auf 17 Mill. €, nach - 1 325 Mill. € im Vorjahr. Während in 2009 noch ein Ergebnis nach Steuern von - 902 Mill. € und – unter Berücksichtigung von Erträgen aus Verlustübernahme – ein Konzernfehlbetrag von - 743 Mill. € entstanden war, weist die Bank für 2010 nach Berücksichtigung von Ertragsteuer-effekten in Höhe von 31 Mill. € einen Konzernüberschuss von 48 Mill. € aus. Die geschäftliche Entwicklung zeigt, dass die HSH Nordbank ihre Planungen bislang konsequent umsetzt und sich mit ihrem Geschäftsmodell eine belastbare Zukunftsperspektive schafft.

Bremer Landesbank

Für die Bremer Landesbank stand auch im Berichtsjahr ihr Geschäftsmodell als regionale Geschäftsbank mit überregionalem Spezialgeschäft bei Wahrung der Funktion als Landes- und Sparkassenzentralbank im Vordergrund. Die Fortführung des kundengetriebenen Wachstums der Erlöse sowie ein stringentes Kosten- und ein konsequentes Risikomanagement ermöglichen es der Bremer Landesbank nachhaltig, ihre Kapitalbasis zu stärken.

Die Bank konzentrierte sich wie in den Vorjahren verstärkt auf ertragsstarke Geschäfte. Mit dem Nachlassen der Liquiditätskrise hat sich das Interbankengeschäft wieder normalisiert. Im Ergebnis erhöhte sich die Bilanzsumme um 2,0 % auf 34,2 Mrd. €. Die Forderungen an Kreditinstitute wurden im Zusammenhang mit der Normalisierung des Interbankengeschäftes im Geschäftsjahr 2010 vor allem im täglich fälligen Bereich um 0,7 Mrd. € auf 5,5 Mrd. € ausgeweitet. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich – durch leicht anziehendes Neugeschäft und durch die Valutierung bereits zugesagter Finanzierungen im Spezialfinanzierungsgeschäft – um rd. 1,1 Mrd. € auf 21,8 Mrd. €. Den Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren hat die Bank weiter um 0,9 Mrd. € auf 5,6 Mrd. € reduziert. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren spielt mit 16,7 Mill. € nach 24,0 Mill. € nur noch eine untergeordnete Rolle.

Im Firmenkundengeschäft konnten in einem sehr wechselhaften Marktumfeld die Ertragserwartungen übertroffen werden. Während das erste Quartal noch merklich durch die vorhergehende Wirtschaftskrise geprägt war, verstärkten sich im weiteren Verlauf des Jahres konjunkturelle Erholungstendenzen. Das Geschäftsfeld Spezialfinanzierungen, das bei der Bremer Landesbank das Schiffsfinanzierungsgeschäft, die Refinanzierung von Mobilien-Leasinggesellschaften sowie Sozialimmobilien und Erneuerbare Energien mit den Teilssegmenten Windkraft, Bio-

gas und Photovoltaik umfasst, hat sich nach Angaben der Bank auch im Jahr 2010 weiterhin positiv entwickelt. Die geplante Ertragsentwicklung konnte erneut erreicht werden, auch wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise spürbare Auswirkungen auf das Segment Schifffahrt gehabt hat. Das Geschäftsfeld Financial Markets stellt den Zugang zu den nationalen und internationalen Finanzmärkten für die privaten und institutionellen Kundengruppen der Bremer Landesbank sowie das Eigengeschäft der Bank bereit. Mit dem über das Kunden- und Kontrahentenportfolio generierten Geschäftsvolumen trägt es wesentlich zu bilanzrelevanten Positionen des Hauses bei. Das Geschäftsfeld Privatkunden, das aus den Teilsegmenten Privatkundenbetreuung und Private Banking besteht, konnte unter schwierigen Rahmenbedingungen insgesamt die Ertragsplanung erfüllen. Die kontinuierliche Steigerung der Kundenzufriedenheit steht unverändert im Mittelpunkt der Anstrengungen der Bank.

Die operativen Erträge haben sich im Berichtsjahr insgesamt erneut erfreulich entwickelt. Das Zinsergebnis als wichtigste Ertragsquelle stieg kundengetrieben weiter kräftig um 5,2 % auf 347,2 Mill. € an. Der von der Bremer Landesbank noch am Jahresanfang 2010 erwartete Rückgang blieb aufgrund der erfreulich raschen konjunkturellen Erholung der heimischen Wirtschaft aus. Auch das Provisionsergebnis hat sich von dem konjunkturbedingten Rückgang im Vorjahr erholt und zeigt ansteigende Tendenz. Mit 47,0 Mill. € liegt es um 5,4 % über dem konjunkturbedingt niedrigen Vorjahreswert. Auf die Risikovorsorge wirkten sich die negativen Auswirkungen der Finanzmarktkrise nicht so stark wie zunächst von der Bank erwartet aus. Wertkorrekturen auf den Eigenbestand an Wertpapieren waren im Berichtsjahr nicht erforderlich. Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen haben im Jahr 2010 erwartungsgemäß durch den erhöhten Personalbestand, den Anstieg der Aufwendungen für Informationstechnologie und das Projekt zur Migration auf die Systeme der Finanz Informatik zugenommen. Die Cost-Income-Ratio ist mit 38,9 % nach 37,8 % im Jahr 2009 nahezu stabil geblieben, die Eigenkapitalrendite (Return on Equity) beträgt 17,0 % nach 14,0 % im Vorjahr.

Nach unveränderter Zuführung von 20 Mill. € in die Gewinnrücklagen verbleibt ein auf Vorjahresniveau liegender Bilanzgewinn von 28,0 Mill. €.

Entwicklung des Versicherungsgeschäftes

Im Rahmen des Allfinanzangebotes der beiden hanseatischen Großsparkassen in Hamburg und Bremen decken die neue leben Lebensversicherung AG, die neue leben Pensionskasse AG und die neue leben Unfallversicherung AG das private Vorsorgegeschäft sowie die betriebliche Altersversorgung ab.

Die neue leben-Gruppe positioniert sich als Vorsorge-Spezialist und kompetenter Partner der Sparkassen mit hoher Expertise in den Geschäftsfeldern private und betriebliche Vorsorge. Mit einem System aus leistungsstarken Produkten, flexiblen Vorsorgelösungen und maßgeschneiderten Zielgruppenkonzepten hat sie sich bei ihren Vertriebspartnern und Kunden als Innovator und Qualitätsanbieter im Vorsorgebereich etabliert. Unterstützt wird dies durch eine intensive Betreuung und Schulung der Vertriebsmitarbeiter sowie durch einen hohen Grad an Integration in die IT-Infrastruktur und Vertriebs- und Beratungsprozesse der Sparkassen.

Mit einer seit Jahresbeginn 2010 regional ausgerichteten Vertriebsstruktur haben die neue leben Versicherungen ihre Präsenz vor Ort in den Sparkassen deutlich gestärkt. Durch die neue Betreuungsstruktur und -methodik konnte die Zusammenarbeit mit den bestehenden Partnern intensiviert und neue Vertriebspartner hinzugewonnen werden. Im Rahmen der neue leben Bancassurance-Akademie wurden darüber hinaus umfassende Qualifizierungsmaßnahmen für die Sparkassen-Mitarbeiter durchgeführt, um eine noch nachhaltigere Beratungsqualität und den bedarfsgerechten Verkauf für die Kunden der Sparkassen sicherzustellen.

neue leben Lebensversicherung AG

Die neue leben Lebensversicherung AG erzielte im Geschäftsjahr 2010 gute Ergebnisse und konnte ihren stabilen Wachstumskurs fortsetzen. Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen um 8,9 % auf 1 011 Mill. €. Im Wesentlichen beruht die Beitragssteigerung auf einem Zugang der Einmalbeiträge, die sich im Vergleich zum Vorjahr um 91 Mill. € oder 32 % erhöhten. Da die neue leben ganz auf Kapitalisierungsgeschäfte (Verträge mit kurzen Laufzeiten) verzichtet, wurden die Einmalbeiträge maßgeblich mit langfristig ausgerichteten klassischen Rentenversicherungen erzielt. Am Jahresende 2010 belief sich der Bestand des selbst abgeschlossenen Geschäftes auf 853 506 Stück mit einer Versicherungssumme (ohne Zusatzversicherung) von 24,1 Mrd. €. Das entspricht einer Bestandszunahme in der Stückzahl um 3,7 % und in der Versicherungssumme um 2,9 %.

Insgesamt hat die neue leben Lebensversicherung AG ihre Wettbewerbsposition in vielen weiteren Bereichen gestärkt. Die Verwaltungskostenquote konnte wie im Vorjahr auf dem niedrigen Niveau von 1,1 % gehalten werden, womit das Unternehmen weiterhin führend im Markt bleibt. Die Nettoverzinsung liegt – bedingt durch eine nachhaltige und sicherheitsorientierte Kapitalanlagestrategie – bei 4,44 % (2009: 4,3 %). Die neue leben Lebensversicherung AG bietet ihren Kunden mit 5,25 % auch in 2011 eine im Marktvergleich überdurchschnittlich hohe Gesamtverzinsung (inkl. Schlussüberschussanteile und Sockelbetrag an den Bewertungsreserven). Dem anhaltend historisch niedrigen Zinsniveau wird dabei mit einer leichten Anpassung der seit fünf Jahren stabilen Gesamtverzinsung Rechnung getragen.

neue leben Pensionskasse AG

Die neue leben Pensionskasse AG konnte trotz der wirtschaftlich herausfordernden Rahmenbedingungen gute Ergebnisse erzielen. Entgegen dem allgemeinen Markttrend stiegen die gebuchten Bruttobeiträge um 2,2 %, und das Neugeschäft konnte auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden. Haupttreiber für diese positive Entwicklung waren individuelle Schulungen und Coaching-Maßnahmen der Vertriebspartner sowie eine stärkere Präsenz und Vertriebsunterstützung vor Ort in den Sparkassen, wozu auch die Unterstützung bei der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerberatung zählte.

neue leben Unfallversicherung AG

Die gebuchten Bruttobeiträge der neue leben Unfallversicherung AG betragen im Geschäftsjahr 2010 21,3 Mill. € (2009: 23,4 Mill. €). Insgesamt wurden 16 247 neue Verträge abgeschlossen (2009: 19 014 Stück); der Versicherungsbestand zum Ende des Geschäftsjahres 2010 umfasste 136 660 Verträge.

Die bedarfsgerechte und zielgruppenorientierte Weiterentwicklung der Produktpalette in der Unfallversicherung stand im Fokus des Jahres 2010. Darüber hinaus wurden die Sparkassenpartner seitens der neue leben Unfallversicherung AG durch Kampagnen und vertriebsunterstützende Maßnahmen unterstützt.

Aus der Verbandsarbeit

Mitglieder, Organe und Ausschüsse des Verbandes

Verbandsmitglieder

Ordentliche Mitglieder des Verbandes sind die Hamburger Sparkasse AG, Die Sparkasse Bremen AG und die Sparkasse Bremerhaven. Während die beiden Großsparkassen in Hamburg und Bremen privatrechtlich organisierte, sogenannte freie öffentliche Sparkassen sind, ist die Sparkasse Bremerhaven wie der Großteil der Sparkassen in Deutschland ein öffentlich-rechtliches Institut. Ordentliche Mitglieder des Verbandes sind neben den Sparkassen deren Träger, die HASPA Finanzholding, die Finanzholding der Sparkasse in Bremen und die Sparkassenstiftung Bremerhaven.

Durch die außerordentliche Mitgliedschaft der HSH Nordbank AG und der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale – sowie der LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg AG und der LBS Landesbausparkasse Bremen AG besteht eine weitgehende regionale Einheit aller in den Bundesländern Bremen und Hamburg tätigen Institute der Sparkassen-Finanzgruppe.

Als Gastmitglieder gehören die neue leben Lebensversicherung AG und die neue leben Unfallversicherung AG dem Verband an. Weiteres Gastmitglied ist schließlich die NRS Norddeutsche Retail-Service AG als von den Sparkassen in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein getragenes Dienstleistungs-Unternehmen für Sparkassen.

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus dem Vorstandsvorsteher als Vorsitzendem sowie aus den Vertretern der Mitglieder.

Im Berichtsjahr trat die Verbandsversammlung in zwei Sitzungen zusammen. In diesen wurden grundlegende Themen der Verbandsarbeit beraten und entschieden, verbandsinterne Angelegenheiten geregelt, die aktuelle Entwicklung der Mitglieder des HSGV erörtert sowie zentrale Fragestellungen der Sparkassenpolitik und -strategie besprochen. Schwerpunkte bildeten zudem die Arbeit des Stützungsfonds und Veränderungen diesbezüglicher regulatorischer Rahmenbedingungen, das Beteiligungsportfolio des Verbandes und dessen Entwicklung sowie schließlich die Herausforderungen für die Landesbanken und deren Auswirkungen auf den Verband und seine Mitgliedsinstitute.

Verbandsvorsteher

Der Verband wird satzungsgemäß durch einen Verbandsvorsteher geführt. Er leitet den Geschäftsbetrieb entsprechend den Beschlüssen der Verbandsversammlung und vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher im Berichtsjahr war Herr Dr. Harald Vogelsang, der für die Zeit bis zum 30. Januar 2013 gewählt worden ist.

Stellvertretender Verbandsvorsteher ist seit dem 1. Januar 2009 Herr Reinhard Klein, im Hauptamt stellvertretender Sprecher des Vorstandes der Hamburger Sparkasse AG.

Verbandsgeschäftsführer

Unterstützt wird der Verbandsvorsteher durch den Verbandsgeschäftsführer, der die laufenden Verbandsgeschäfte wahrnimmt. Verbandsgeschäftsführer ist Herr Dr. Jürgen Thiele. Er folgte zum 1. Oktober 2010 Herrn Dr. Günter Ott nach, nachdem dieser die Funktion des Verbandsgeschäftsführers seit dem 1. November 1993 ausgeübt hatte und mit großem Dank des Verbandes für seine langjährige, jederzeit sehr engagierte Tätigkeit in den Ruhestand verabschiedet worden war.

Ausschüsse

Auf der Grundlage der Beschlüsse der Verbandsversammlung bestehen acht Arbeitsausschüsse, die im vorderen Teil dieses Jahresberichtes aufgeführt sind. Die Ausschüsse bereiten gemäß § 13 der Verbandsatzung Angelegenheiten, die der Beschlussfassung der Verbandsversammlung unterliegen, vor und erledigen ihnen übertragene Aufgaben. Sie dienen ferner dem regelmäßigen Austausch der Mitglieder des Verbandes in fachlichen Angelegenheiten.

Die Arbeitsausschüsse haben die Verbandsarbeit im Berichtsjahr erneut aktiv unterstützt. Die Ergebnisse der Beratungen aus zahlreichen Sitzungen stellen für die Verbandsversammlung teils Beschlussgrundlagen und teils fachlich fundiertes Material dar, das sowohl den Mitgliedsinstituten zugute kommt als auch dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband zugänglich gemacht wird.

Zusammenarbeit

Sparkassenorganisation

Die enge Zusammenarbeit des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) umfasste wie schon in den Vorjahren alle wesentlichen Fragen des Sparkassen- und Kreditwesens sowie aktuelle Entwicklungen der Sparkassen-Finanzgruppe. Im Mittelpunkt stand dabei erneut der für beide Seiten wichtige und nutzbringende regelmäßige Meinungs- und Informationsaustausch sowie die gegenseitige Information. Die Mitwirkung des HSGV an der gemeinsamen Gestaltung der Sparkassen- und Verbandspolitik findet ihren Ausdruck vor allem in der Präsenz des HSGV im Vorstand sowie in zahlreichen anderen Gremien des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes.

Mit Blick auf die beiden freien öffentlichen Sparkassen in Bremen und in Hamburg besteht zudem eine traditionell sehr enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e. V. Präsident dieses Verbandes ist Herr Dr. Tim Neseemann, Vorsitzender der Vorstände der Die Sparkasse Bremen AG und der Finanzholding der Sparkasse in Bremen.

Eine laufende Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe erfolgt zudem mit den Gemeinschaftsunternehmen und Verbundpartnern, denen der Verband durch direkte oder treuhänderische Beteiligungen verbunden ist. Dies sind vor allem die DekaBank als bundesweiter Fonds-Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe, der Deutsche Sparkassen Verlag, die Deutsche Leasing und die Finanz Informatik (FI). Der Verband und seine Mitglieder wirken insbesondere in den Organen und Gremien dieser Unternehmen mit und setzen sich dort für die Verbandsinteressen ein.

Aufsichtsbehörden

Der Verband steht in einem laufenden Kontakt mit den zuständigen Sparkassen- und Lottereaufsichtsbehörden der Länder Bremen und Hamburg sowie mit Blick auf das Lotteriesparen auch in Niedersachsen und Schleswig-Holstein: Bei Bedarf werden Fragen von grundsätzlicher und spezieller Bedeutung erörtert, notwendige Abstimmungen vorgenommen und erforderliche behördliche Genehmigungen eingeholt. Einer laufenden behördlichen Aufsicht unterliegen zudem die regelmäßigen Ziehungen des Lotteriesparens.

Verbandsgeschäftsstelle – Aktuelle Themen

Aufgaben

Die Geschäftsstelle nimmt die laufenden Verbandsgeschäfte wahr und gewährleistet damit die Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben des Verbandes. Dazu gehören neben der Vertretung der gemeinsamen Angelegenheiten und Interessen der Mitgliedsinstitute einschließlich der Beteiligungen die kontinuierliche Gewährleistung der im Zusammenhang mit der beim Verband bestehenden Einlagensicherung anfallenden Aufgaben, die Förderung und Unterstützung der Mitglieder, deren Information und Beratung in Fachangelegenheiten sowie schließlich die Begleitung der Arbeit der Aufsichtsbehörden.

Die laufende Arbeit der Verbandsgeschäftsstelle war auch im Berichtsjahr wieder maßgeblich bestimmt von der Mitwirkung in den Gremien der Sparkassen-Finanzgruppe. Daneben traten die Vorbereitung von Sitzungen des Verbandes und die Unterstützung der Vertreter des Verbandes in Organen und Gremien des DSGV sowie die Betreuung der Fachausschüsse und die laufende Begleitung der Mitgliedsinstitute.

Vollständige Übernahme der DekaBank durch die Gemeinschaft der Sparkassen

Angestoßen durch eine an die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) gerichtete Auflage der Europäischen Kommission, nach der sich diese Landesbank von ihren Anteilen an der DekaBank, dem zentralen Fondsdienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe, trennen muss, haben die Sparkassen im Berichtsjahr einen Prozess zur vollständigen Übernahme dieses Verbundunternehmens eingeleitet, nachdem neben der LBBW auch die übrigen Landesbanken ihr Interesse an einem gleichzeitigen Ausstieg aus dieser Beteiligung signalisiert hatten.

Eine vollständige Übernahme der DekaBank durch die Gemeinschaft der Sparkassen entspricht lang gehegten Zielen des DSGV und der Regionalverbände, ermöglicht eine solche es der Gemeinschaft der Sparkassen schließlich, die DekaBank noch konsequenter an ihren Zielen und Interessen orientiert auszurichten und zu führen.

Der Transaktionsprozess zur vollständigen Übernahme der DekaBank durch die Sparkassen konnte im 1. Quartal des laufenden Jahres weit vorangetrieben werden. So wurden am 7. April 2011 auf Ebene der DekaBank und des DSGV alle erforderlichen Beschlüsse gefasst; ferner wurden die erforderlichen Vertragswerke an diesem Tag unterzeichnet. Mit Vollzug der Transaktion – diese kann voraussichtlich im Juni 2011 erfolgen – werden die DekaBank-Anteile vollständig durch die Regionalverbände, darunter auch den HSGV, gehalten, und zwar zur Hälfte – wie in der Vergangenheit – über den DSGV sowie zur anderen Hälfte über eine zum Zweck der Übernahme der Anteile der Landesbanken

gesondert gegründete und von den Regionalverbänden getragene Erwerbsgesellschaft.

Über seine Beteiligung an der neuen Erwerbsgesellschaft wirkt auch der Verband an der vollständigen Übernahme der DekaBank durch die Gemeinschaft der Sparkassen mit. Mit Blick auf in der Vergangenheit immer wieder thematisierte Möglichkeiten einer Einbindung der DekaBank in eine Landesbankenkonsolidierung standen für den Verband bei seiner Meinungsbildung und Beschlussfassung über eine Ausweitung seiner bestehenden DekaBank-Engagements insbesondere Fragen einer wirksamen Absicherung des HSGV gegen eine spätere Belastung durch Landesbankenrisiken im Mittelpunkt.

Sparkassenstützungsfonds

Im Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe sichert der HSGV mit seinem Stützungsfonds seine Mitgliedssparkassen. Der satzungsmäßige Aufbau des 1969 gegründeten Fonds als Sondervermögen des Verbandes ist seit vielen Jahren abgeschlossen. Der Fonds wird jedoch weiter auf der Basis einer dynamischen Bemessungsgrundlage verstärkt. Dieser rechtlich unselbstständigen Einrichtung des Verbandes lag auch im Berichtsjahr die Satzung für den Sparkassenstützungsfonds des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes in der Fassung vom 7. Juni 2007 zugrunde.

Der Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe besteht aus elf regionalen Sparkassenstützungsfonds, der Sicherheitsreserve der Landesbanken und dem Sicherheitsfonds der Landesbausparkassen. Abgesichert werden nicht nur einzelne Einlagen, sondern der Bestand der Institute insgesamt (sog. Institutssicherung). Zur Vorsorge gegen wirtschaftliche Fehlentwicklungen ist ein umfangreiches Risikomonitoring eingerichtet worden. Die Beiträge zum Haftungsverbund werden risikoorientiert erhoben.

Von den hanseatischen Fondsmitgliedern ist der Stützungsfonds seit seinem Bestehen nicht in Anspruch genommen worden. Der Fonds wirkte in der Vergangenheit jedoch verschiedentlich an Stützungsmaßnahmen im Rahmen des Überregionalen Ausgleichs in der Sparkassen-Finanzgruppe sowie auch bei organisationsfremden Instituten mit. In 2010 beteiligte sich der Stützungsfonds des Verbandes im Rahmen des Überregionalen Ausgleichs im Wege der Gewährung stiller Einlagen sowie der Übernahme einer Garantie an der Stützung der NordOstsee-Sparkasse durch die Gemeinschaft der deutschen Sparkassen.

Risikomonitoring

Das Risikomonitoring der Institute der Sparkassen-Finanzgruppe erfolgt unter anderem auf der Grundlage der „Grundsätze für das Risikomonitoring der Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe“ als

Bestandteil der geltenden Satzungen. Diese Grundsätze wurden nach eingehender Überprüfung sowie ausführlichen Erörterungen und Abstimmungen in den zuständigen Gremien des DSGV im Jahr 2009 sowie im Berichtsjahr weiterentwickelt. Die aus dieser Überprüfung resultierenden Änderungen dieser Grundsätze hat die Verbandsversammlung des DSGV am 1. Dezember 2010 beschlossen.

Anpassungen erfahren haben in diesem Rahmen zum einen einzelne Kennzahlen des Risikomonitorings: An die Stelle der „Großkreditgesamtobergrenze“, die sich nach Auffassung von Regionalverbänden und DSGV nicht bewährt hat, tritt künftig bei gegenüber der alten Kennzahl unveränderter Gewichtung die „Kreditrisikokennzahl“. An die Stelle der „Eigenkapitalrentabilität“ wird nach dem Beschluss der Verbandsversammlung des DSGV erstmals mit Wirkung zum 1. Januar 2012 die „Rendite auf Gesamtrisikoposition“ treten. Darüber hinaus erfolgten – vor allem mit Blick auf die Landesbanken – Anpassungen einzelner Regelungen des Risikomonitorings an die International Financial Reporting Standards (IFRS).

Über die Anpassung der „Grundsätze für das Risikomonitoring der Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe“ hinausgehend haben die zuständigen Organe und Arbeitskreise des DSGV unter Einbindung des hanseatischen Verbandes im Berichtsjahr eine Prüfung der Notwendigkeit und der möglichen Inhalte einer „Weiterentwicklung der Regularien im Haftungsverbund und im Risikomonitoring“ eingeleitet, die im laufenden Jahr fortgesetzt wird. Mit besonderem Blick auf die Auswirkungen der Krise an den internationalen Finanzmärkten auf Institute der Sparkassen-Finanzgruppe sowie unter Berücksichtigung spezifischer Erfahrungen einzelner regionaler Sparkassenstützungsfonds werden derzeit unter anderem die Notwendigkeit von Vereinheitlichungen in Vorgehensweisen und Abläufen der Arbeit der regionalen Stützungsfonds sowie von zusätzlichen Informations-, Mitwirkungs- und Sanktionsrechten für den Transparenzausschuss erörtert.

EU-Einlagensicherung

Große Bedeutung mit Blick auf die künftige Ausgestaltung und Organisation der Einlagensicherung in der Sparkassen-Finanzgruppe, auf den beim Verband eingerichteten Stützungsfonds sowie im Ergebnis gerade auch auf jede einzelne Sparkasse kommt der im Berichtsjahr auf europäischer Ebene eingeleiteten und aktuell fortdauernden Diskussion über die Notwendigkeit und die möglichen Inhalte einer Vereinheitlichung der Einlagensicherung in der Europäischen Union zu.

Angesichts eines Vorschlags der EU-Kommission für eine „Richtlinie über die Einlagensicherungssysteme“ aus dem Juli 2010 stellte sich im Berichtsjahr insbesondere die Frage, ob, unter welchen Bedingungen und mit welchen Konsequenzen bei Verabschiedung einer Richtlinie mit dem seinerzeit vorgeschlagenen Inhalt die in der Vergangenheit bewährten Sicherungsmechanismen in der Sparkassen-Finanzgruppe

– bestehend aus den bei den Regionalverbänden angesiedelten Stützungsfonds, dem Überregionalen Ausgleich sowie dem Haftungsverband mit der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und mit dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen – aufrecht erhalten bleiben können. Bedeutung kommt dabei insbesondere den Fragestellungen zu, ob der Vorrang der Institutssicherung, wie er die Sicherungssysteme der Sparkassen-Finanzgruppe, aber auch der Genossenschaftsbanken in Deutschland kennzeichnet, aufrecht erhalten bleiben kann, oder ob an seine Stelle zwingend ein primärer, unmittelbarer Schutz der Kunden und ihrer Einlagen zu treten hat. Von herausragender Bedeutung ist weiter die Frage der Höhe der künftigen Beiträge jedes einzelnen Instituts zu einer europäischen Einlagensicherung. Diskutiert wurden schließlich die Notwendigkeit und die weitreichenden Konsequenzen einer paneuropäischen Einlagensicherung.

Nachdem der Richtlinienentwurf vom Juli 2010 auf ein eindeutiges Primat des unmittelbaren Schutzes der Einleger hindeutete und institutssichernde Maßnahmen nur in engen Ausnahmefällen sowie zudem lediglich mit einem beschränkten Teil der in den diversen Einlagensicherungssystemen und Einlagensicherungseinrichtungen in Deutschland und in Europa vorhandenen Mittel gestattete, sieht es aktuell danach aus, dass das außerordentlich hohe Engagement und die intensive Überzeugungsarbeit der Sparkassen-Finanzgruppe und der Genossenschaftsbanken in Brüssel Früchte tragen könnte. Auf europäischer Ebene scheint sich zunehmend die Überzeugung durchzusetzen, dass institutssichernde Maßnahmen als wirksame und damit gleichwertige Sicherungssysteme Anerkennung verdienen und – gerade auch aus Sicht der Kunden – durchaus Vorteile gegenüber Systemen aufweisen, die zwar unmittelbar die Einleger schützen, die zuvor jedoch ein offenkundiges Scheitern betroffener Institute mit allen damit einhergehenden Folgen in der Öffentlichkeit voraussetzen.

Mit Blick auf den Entwurf eines Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Währung an das Europäische Parlament vom Februar 2011 besteht zunehmend begründete Hoffnung, dass die zentralen Strukturen und prägenden Elemente der Einlagensicherungssysteme der Sparkassen-Finanzgruppe, insbesondere der Fokus auf den Schutz der Institute, aufrecht erhalten bleiben können. Bewegung zeigt sich zudem bei der künftigen (Mindest-) Kapitalausstattung der Einlagensicherungssysteme und damit einhergehend bei der Frage des erforderlichen Beitrags jedes einzelnen Instituts. Hinsichtlich beider Themen erscheint es nicht unrealistisch, dass Kompromisse gefunden werden können, die den Interessen der Kunden ebenso angemessen Rechnung tragen wie den Interessen der Institute, deren Leistungsfähigkeit – gerade auch aus Sicht ihrer Kunden und der mittelständischen Wirtschaft – nicht über Gebühr beeinträchtigt werden darf.

Auch wenn finale Regelungen noch nicht vorliegen und auch die erforderlichen Befassungen in den Organen der Europäischen Union – neben dem EU-Parlament hat sich auch der Europäische Rat mit dieser

Fragestellung zu befragen – noch nicht abgeschlossen sind, ist jedoch bereits absehbar, dass zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen zwischen einzelnen EU-Staaten in Zukunft europaweit alle Kreditinstitute einem Einlagensicherungssystem angehören müssen: Inhaltlich deutet ferner alles darauf hin, dass künftig jeder Anleger einen Rechtsanspruch auf Erstattung von 100 000 € erhalten wird und die Auszahlungsfristen vereinheitlicht werden, dass alle Einlagensicherungssysteme eine vorbeugende Finanzierung mit einheitlicher Zielausstattung werden gewährleisten müssen und dass nach der Einigung auf eine Richtlinie europaweit gleiche Bedingungen für die Verwendung von Finanzmitteln für Präventions- und für Stützungszwecke herrschen werden. Aus heutiger Sicht besteht damit durchaus Anlass zur Zuversicht, dass die bestehenden Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe und damit u. a. auch der in diese eingebundene, beim Verband eingerichtete Stützungsfonds die künftigen einheitlichen europäischen Anforderungen an ein Einlagensicherungssystem ohne wesentliche Änderungen der zentralen Strukturen werden erfüllen können.

Kundenentgelte für Fremdverfügungen an Geldautomaten

Im Berichtsjahr kam es in Presse und Politik zu kritischen Diskussionen über Höhe und Systematik der Geldautomatenentgelte, nachdem in den letzten Jahren eine signifikante Steigerung der Kosten für Verfügungen von Fremdkunden festzustellen war. Auch das Bundeskartellamt befasste sich mit der Thematik. Gefordert wurde eine langfristig stabile und dichte Bargeldversorgung für Kunden zu akzeptablen marktkonformen Preisen. Um dabei für die Geldautomatenbetreiber einen Investitionsschutz und wirtschaftlich sinnvollen Betrieb sicherzustellen, war aus Sicht der Sparkassen und Banken eine Systemumstellung in der Entgeltsystematik erforderlich. Die Spitzenverbände der deutschen Kreditwirtschaft waren sich einig in dem Ziel, eine Regulierung seitens der Politik oder des Bundeskartellamtes weitmöglich zu vermeiden und stattdessen auf eine eigene Lösung zu setzen.

Im alten System konnte der Kunde bei der Geldabhebung nicht erkennen, in welcher Höhe er nach einer Verfügung von seinem Institut mit Entgelten belastet wird, denn der Geldautomatenbetreiber stellte dem Institut des Kunden ein sogenanntes Interbankenentgelt in Rechnung. Die kontoführende Bank/Sparkasse belastete dann den Kunden ihrerseits mit einer Gebühr. Diese konnte sogar höher als das Interbankenentgelt sein – wie hoch, das ergab sich aus dem jeweiligen Preis- und Leistungsverzeichnis der Kundenbank.

Im Frühjahr 2010 sprachen sich die Mitglieder im Zentralen Kreditausschuss für eine Systemumstellung aus, in deren Zielsetzung die Abschaffung der Interbankenentgeltsystematik und die Einführung direkter, transparenter und diskriminierungsfreier Kundenentgelte stand. Eine zunächst als Selbstverpflichtung in Erwägung gezogene Deckelung des direkten Kundenentgelts bei maximal 5 Euro je Transaktion wurde später verworfen.

Über den Ersatz des Interbankenentgeltes durch ein direktes Kundenentgelt waren sich die Verbände der deutschen Kreditwirtschaft einig, nicht jedoch bei der Obergrenze. Von den Wettbewerbern der Sparkassen, die regelmäßig kein flächendeckendes Geldautomatennetz unterhalten, wurde eine Obergrenze von 2 Euro angeregt. Offenkundiges Ziel dieses Vorschlags war es, die Infrastruktur der Sparkassen möglichst kostengünstig zu nutzen. Damit die Sparkassen, die mit über 25 700 Geldautomaten in Deutschland das dichteste Netz betreiben, ihre Automaten auch an wenig genutzten, vor allem ländlichen Standorten wirtschaftlich betreiben können, plädierten sie für eine Preisbildung nach Angebot und Nachfrage.

Die Entgeltdiskussion betraf nur die relativ geringe Anzahl von Abhebungen an fremden Geldautomaten. Über 90 % aller Abhebungen in Deutschland sind kostenfrei, da die Kunden in der Regel an Geldautomaten der jeweiligen Automatenverbände abheben. Fremdverfügungen sind also kein breites Kundenproblem.

Ende August 2010 kam es im Streit um die Abhebegebühren an Geldautomaten zu einem Kompromiss im Zentralen Kreditausschuss. Man einigte sich auf die Erhebung eines direkten Kundenentgelts, das dem Fremdkunden vor der Abhebung mitgeteilt wird. Das Entgelt kann von jedem einzelnen Institut frei festgelegt werden. Im Gegenzug wird auf Interbankenentgelte verzichtet. Das kartenausgebende Kreditinstitut leitet das Kundenentgelt lediglich durch und verlangt kein eigenes, zusätzliches Emittenten-Entgelt. Damit ist das am Geldautomaten angezeigte Entgelt für den Fremdkunden abschließend. Als Umstellungszeitpunkt wurde der 15. Januar 2011 festgelegt. Zuvor war noch die Vereinbarung über das deutsche Geldautomatensystem entsprechend zu überarbeiten.

Die Umstellung der Entgeltsystematik erfolgte plangemäß zum 15. Januar diesen Jahres. Mit dem neuen System besteht nunmehr volle Preistransparenz bei Abhebungen an fremden Geldautomaten. Die Folge ist ein verstärkter Wettbewerb, bei dem sich marktgerechte Preise bilden. An den über 25 700 Sparkassen-Geldautomaten können die 45 Millionen Inhaber einer SparkassenCard weiterhin kostenlos Bargeld abheben. Durch die flächendeckende Präsenz von Sparkassen-Geldautomaten sind Kunden von Sparkassen praktisch nicht auf Abhebungen an fremden Geldautomaten angewiesen. So sind 95 % der Transaktionen an Sparkassen-Geldautomaten kostenlos – da von Sparkassenkunden getätigt.

Neues aus der Single Euro Payments Area (SEPA)

Der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area – SEPA) umfasst neben Deutschland die weiteren 26 Länder der Europäischen Union, die drei EWR-Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen sowie die Schweiz und Monaco. Der Start von SEPA mit einheitlichen Überweisungen und Kartenzahlungen im Januar 2008 wurde

als Meilenstein auf dem Weg zum einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum bezeichnet. Erst am 2. November 2009 folgte dann ein grenzüberschreitend funktionierendes Lastschriftverfahren, die SEPA-Lastschrift, da der EU-Gesetzgeber die notwendigen einheitlichen Rechtsvorgaben erst zum 1. November 2009 verpflichtend umsetzen konnte.

Der offizielle Start der SEPA-Lastschrift im November 2009 verlief äußerst verhalten. Auch in der Sparkassen-Finanzgruppe wurde die SEPA-Lastschrift damals nicht gleich eingeführt, da einige wichtige Rahmenbedingungen noch offen blieben. Erst mit der Unterzeichnung der Beitrittsunterlagen am 31. August 2010 hat der DSGV den Beitritt zu den SEPA-Lastschriftverfahren mit Wirkung zum 1. November 2010 für die seinerzeit 433 Institute erklärt, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht eigenständig den SEPA-Lastschriftverfahren beigetreten waren. Seit 1. November 2010 müssen alle Kreditinstitute in den 16 Euro-Ländern an dem SEPA-Lastschriftverfahren teilnehmen; ca. 3 900 waren es europaweit zu diesem Zeitpunkt. Zusammen mit der SEPA-Überweisung und der SEPA-weiten Nutzung der SparkassenCard steht den Sparkassenkunden damit eine komplette Palette von Produkten im europäischen Zahlungsverkehr zur Verfügung.

Vor Einführung der SEPA-Lastschrift konnten Rechnungsbeträge per Lastschrift nur innerhalb Deutschlands eingezogen werden. Nun ist dies auch für grenzüberschreitende Lastschriften möglich – dank einheitlicher Standards in der Abwicklung, im Datenformat und auf Basis einer gemeinsamen Rechtsgrundlage. Das SEPA-Basis-Lastschriftverfahren stellt dabei auf lange Sicht gesehen den europäischen Nachfolger für das deutsche Einzugsermächtigungsverfahren dar. Daneben gibt es noch ein spezielles Lastschriftverfahren, das Firmenkunden eine frühe Finalität – wie beim Abbuchungsauftragsverfahren – bietet: das SEPA-Firmen-Lastschriftverfahren. Voraussetzung für den Einzug von Geldern per Lastschrift ist das neue SEPA-Lastschriftmandat. Es ermächtigt den Zahlungsempfänger, den fälligen Betrag vom Konto des Zahlungspflichtigen einzuziehen. Zusätzlich wird die Bank des Zahlungspflichtigen zur Einlösung der Lastschrift angewiesen.

Die EU-Kommission hat eine gesetzliche Regelung für ein Enddatum zur Ablösung der in den einzelnen EU-Staaten verwendeten nationalen Überweisungen und nationalen Lastschriften angekündigt, wobei das Datum noch nicht final festgelegt wurde. Der DSGV bewertet die von der EU-Kommission in einem offiziellen Verordnungsentwurf genannten Migrationsfristen für Überweisungen und Lastschriften (12 bzw. 24 Monate ab Inkrafttreten der Verordnung) als zu kurz und praktisch nicht umsetzbar und spricht sich für einen an den wirklichen Kundenbedürfnissen ausgerichteten Übergang auf die SEPA-Verfahren aus. Von den Vorstellungen der EU-Kommission abweichende Auffassungen gibt es auch im Hinblick auf die von der Kommission geforderte weitgehende Abschaffung von Interbankenentgelten für Lastschriften nach Ablauf der für diese geltenden Migrationsfrist. Der DSGV setzt sich dafür ein, dass an dem Prinzip einer verursachergerechten Bepreisung festgehalten

wird. Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass das Europäische Parlament weitere Kritikpunkte des DSGVO bereits aufgenommen hat. Dies führte dazu, dass verschiedene Verordnungsinhalte erneut überdacht werden.

Schlichtungsstelle

Obwohl die Sparkassen bestrebt sind, stets zur Zufriedenheit ihrer Kunden zu arbeiten, sind Meinungsverschiedenheiten nie ganz auszuschließen. Die Sparkassen-Finanzgruppe verfügt deshalb über ein regionales Schlichtungssystem zur außergerichtlichen Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Kunden und Sparkassen. Im hanseatischen Verband verfahren die Sparkassen seit 2009 zweigleisig: Es gibt einerseits hausinterne Beschwerdemanagements in allen drei Mitgliedssparkassen. Ziel ist es hier, im Beschwerdefall möglichst schnell und unmittelbar vor Ort einen Konsens zu finden, der eine unbelastete Weiterführung der Geschäftsbeziehung erlaubt. Dafür nimmt das Beschwerdemanagement entweder selbst Kontakt zum betroffenen Kunden auf oder engagiert sich im Hintergrund und unterstützt die verantwortlichen Kundenbetreuer bei der Klärung der Beschwerden. Das Beschwerdemanagement ist entweder direkt dem Vorstand unterstellt oder in eine vorstandsnahe Abteilung integriert. Der Rahmen der fachlichen Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit ist unterschiedlich weit gesteckt.

Zum anderen sind alle drei hanseatischen Sparkassen seit November 2009 dem Schlichtungsverfahren des DSGVO angeschlossen. Hier versucht ein unabhängiger Ombudsmann bei Streitigkeiten zu vermitteln. Damit stehen den Kunden nunmehr zwei Beschwerdewege zur Verfügung.

Bei an den HSGV herangetragenen Kundenbeanstandungen ist der Verband vermittelnd tätig und leitet die Beschwerden an die Sparkassen weiter bzw. nennt Kontaktmöglichkeiten in den Instituten oder zur DSGVO-Schlichtungsstelle. In 2010 waren dies lediglich eine schriftliche Eingabe sowie 2 telefonische Beschwerden. Im Vorjahr kam es noch zu 2 schriftlichen sowie 8 telefonischen Beschwerden.

Rechnungslegung und Prüfungsvorschriften

Das neue deutsche Handelsbilanzrecht hat im Geschäftsjahr 2010 seine volle Wirkung entfaltet. Damit müssen die Sparkassen – wie alle Unternehmen – nunmehr nach diesen neuen Regeln bilanzieren.

Diese maßvoll an die internationalen Rechnungslegungsvorschriften angenäherte Bilanzrechtsmodernisierung bringt eine Vielzahl von Änderungen, die vor allem eine verbesserte Information für die Abschlussadressaten bewirken soll. Dazu standen die Überarbeitung von Ansatz- und Bewertungsvorschriften, die Abschaffung zahlreicher Wahlrechte sowie eine erhöhte Transparenz durch neue und weitergehende Informationspflichten im Vordergrund.

Aufsichtsrechtlich folgte bei den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement der zweiten Novelle aus August 2009 bereits im Dezember 2010 die nunmehr dritte Novellierung dieser Regelungen. Danach haben kapitalmarktorientierte Institute die neuen Vorschriften zu Liquiditätspuffern unmittelbar anzuwenden, während für die weiteren Neuerungen und Spezifizierungen eine Umsetzungsfrist bis zum Jahresende 2011 eingeräumt ist. Bemerkenswert sind hier vor allem nochmals umfangreich erweiterte Vorgaben zu Stresstests. Die Vorschriften zu Vergütungssystemen wurden im Jahr 2010 ebenfalls gesetzlich neu geregelt und durch eine Verordnung ergänzt.

Zusätzliche Herausforderungen für Banken und Sparkassen ergeben sich künftig beispielsweise aus den regulatorisch bereits eingeleiteten verschärften Anforderungen an die Zusammensetzung und Höhe des bankaufsichtlichen Eigenkapitals sowie die absehbaren Belastungen durch die Bankenabgabe und die Neuregelung der Einlagensicherung.

Der hohe Umsetzungsdruck auf die deutschen Kreditinstitute und unsere Mitgliedssparkassen hält unverändert an und wird zunehmend zu einem Wettbewerbsfaktor.

Bei den internationalen Rechnungslegungsvorschriften IFRS hat der Standardsetzer IASB im Jahr 2010 sein Projekt zur Überarbeitung von Standards und der Neuentwicklung von Bilanzierungs- und Bewertungsansätzen weiter vorangetrieben. Einige wesentliche Projekte wurden aus Kapazitätsgründen allerdings verschoben.

Die Prüfungsberichtsverordnung (PrüfbV) wurde im Jahr 2010 erweitert. Danach soll die Bankenaufsicht eine bessere Übersicht über die von den Instituten getroffenen Maßnahmen gegen Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und strafbare Handlungen erhalten und der Erkenntniswert der Prüfungsberichte soll erhöht werden.

Die durch das internationale Clarity-Project erfolgten Änderungen bei den internationalen Prüfungsstandards führten im Herbst 2010 zur Anpassung einiger deutscher berufsrechtlicher Prüfungsvorschriften.

Prüfungsstelle

Unabhängige Prüfungsinstanz

Die Prüfungsstelle ist eine fachlich unabhängige und eigenverantwortliche Einrichtung des Verbandes, die im Rahmen ihrer Aufgabenstellung keinen Weisungen der Verbandsorgane unterliegt. Sie ist gemäß § 40a der Wirtschaftsprüferordnung (WPO) in das Register für Prüfungsstellen der Sparkassen- und Giroverbände bei der Wirtschaftsprüferkammer eingetragen. Zuständige Aufsichtsbehörde ist die Senatorin für Finanzen, Freie Hansestadt Bremen.

Die Prüfungsstellenleitung nehmen öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer wahr. Sowohl die Prüfungsstelle als auch die für sie tätigen Wirtschaftsprüfer sind Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer und des Instituts der Wirtschaftsprüfer.

Grundlage für die Tätigkeit der Prüfungsstelle sind § 340k Abs. 3 HGB sowie die Satzung des Verbandes und die Prüfungsordnung für die Prüfungsstelle.

Aufgabe der Prüfungsstelle ist es, bei den Mitgliedssparkassen des Verbandes die nach Gesetz und Satzung vorgeschriebenen Prüfungen vorzunehmen. Das sind neben den Jahresabschlussprüfungen auch die Prüfungen nach dem Geldwäschegesetz nach § 29 Abs. 2 Satz 1 KWG sowie die Prüfung des Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäftes gemäß § 36 WpHG.

Die Durchführung der Prüfungen erfolgt unter Beachtung der für Wirtschaftsprüfungsgesellschaften geltenden Berufsgrundsätze und Prüfungsstandards. Für die Berichterstattung ist außerdem die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht herausgegebene Verordnung über die Prüfung der Jahresabschlüsse der Kreditinstitute (PrüfbV) maßgebend.

Prüfungsleistungen

Wie in den Vorjahren konnte die gemäß § 340k Abs. 1 HGB vorgesehene Frist, die Jahresabschlussprüfungen 2009 bei den Mitgliedssparkassen in den ersten fünf Monaten des Geschäftsjahres durchzuführen, eingehalten werden.

Im Hinblick auf die Prüfung der Jahresabschlüsse 2010 nahm die Prüfungsstelle bereits im Laufe des Jahres 2010 vorab Engagementprüfungen im Kredit- und Beteiligungsgeschäft vor. Vor allem in den Bereichen rechtliche Grundlagen, Risikomanagement, Internes Kontrollsystem, Interne Revision, Outsourcing und Anzeigewesen, die unter Berücksichtigung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) geprüft werden, finden die Ergebnisse der vorgelagerten Aufbau- und Funktionsprüfungen Eingang in unsere Prüfungsurteile. Die Ergebnisse

der ganzjährig von unseren IT-Prüfern durchgeführten Prüfungen der Informationstechnologie fließen ebenso ein. Die zeitliche Vorwegnahme dieser Prüfungshandlungen, die Bestandteil der Abschlussprüfungen sind, ermöglicht eine zeitgerechte Durchführung der Jahresabschlussprüfungen. Grundlage für alle Prüfungen ist ein risikoorientierter und individuell auf die jeweilige Sparkasse abgestimmter langfristiger Prüfungsplan und Prüfungsansatz.

Außerdem wurden bei den Mitgliedssparkassen die Prüfung des Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäftes nach § 36 WpHG sowie sonstige Bestätigungsleistungen durchgeführt.

KWG-Anzeigen

Neben der Prüfungstätigkeit waren die von den Mitgliedssparkassen nach der Verordnung über die Anzeigen und die Vorlage von Unterlagen nach dem Kreditwesengesetz (KWG) zu erstattenden Anzeigen zu bearbeiten.

Prüfungsbegleitende Beratung

Ferner waren spezielle Buchungs-, Bilanzierungs- und steuerliche Fragen, Probleme aus dem Kontroll- und Sicherheitsbereich sowie Fragen aus den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), den Mindestanforderungen an Compliance und die weiteren Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach §§ 31 ff. WpHG (MaComp), der Solvabilitätsverordnung (SolvV), dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) sowie anderen Gesetzesnovellen zu klären. Die Prüfungsstelle war auch prüfungsbegleitend bei den Projekten zur Umsetzung der neuen Anforderungen aufgrund des BilMoG tätig. In den Arbeitsausschüssen für Fragen des Rechnungswesens und für Revisionsfragen des Verbandes wurden aktuelle Themen, insbesondere die Umsetzung der neuen Rechnungslegungsvorschriften und der aufsichts- und berufsrechtlichen Vorgaben, organisatorische Anforderungen im Bereich Interne Revision und Compliance sowie die aktuellen Entwicklungen in der Banken- und Kapitalmarktaufsicht und bei der internationalen Rechnungslegung diskutiert.

Qualitätssicherungssystem

Die Prüfungsstelle unterzieht sich den externen Qualitätskontrollen nach Maßgabe der WPO, die Voraussetzung für die Registrierung und die Prüfungstätigkeit sind. Die permanente Weiterentwicklung unseres Qualitätssicherungssystems ist nicht nur eine wesentliche Berufspflicht, sondern dient auch der Stärkung unserer Kompetenzen zugunsten unserer Mitgliedssparkassen. Die Prüfungsstelle hat – wie alle Prüfungsstellen der regionalen Sparkassen- und Giroverbände – am System der externen Qualitätskontrolle der Wirtschaftsprüferkammer (Peer Review)

teilgenommen und eine Teilnahmebescheinigung erhalten. Die Qualitätskontrolle dient der Überwachung, ob die Grundsätze und Maßnahmen zur Qualitätssicherung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Berufssatzung insgesamt und bei der Durchführung einzelner Aufträge eingehalten werden, und erfolgt im Dreijahresrhythmus. Sowohl die Prüfungsstelle als auch die Leiterin der Prüfungsstelle sind registrierte Prüfer für Qualitätskontrolle.

Die personelle Ausstattung sowie die Qualifikationen in der Prüfungsstelle sind wesentliches Element des Qualitätssicherungssystems. In der Prüfungsstelle sind die Prüfungsstellenleiterin sowie ihr Stellvertreter Wirtschaftsprüfer und Steuerberater. Mitte des Jahres 2010 wurde eine weitere Wirtschaftsprüferin / Steuerberaterin eingestellt. Zur Stärkung unserer IT-Kompetenz haben wir zusätzlich zu unserem IT-Prüfer einen IT-Prüfungsteamleiter eingestellt. Daneben sind zum Ende des Jahres 2010 sieben Verbandsprüfer und vier Prüfungsassistenten beschäftigt.

Zur Aufrechterhaltung fortdauernd hoher Prüfungs- und prüfungsbegleitender Beratungsqualität fördert die Prüfungsstelle die Aus- und Fortbildung. Daneben bestehen in der Prüfungsstelle Zusatzqualifikationen als CISA (Certified Information Systems Auditor) und zertifizierter betrieblicher Datenschutzbeauftragter. Neben der Teilnahme an internen Prüferbesprechungen werden ausgewählte Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen besucht. Der Schwerpunkt der Aus- und Fortbildung betraf im Jahr 2010 die Prüfung der Informationstechnologie sowie die neuen Compliance-, Geldwäsche-, MaRisk- und PrüfV-Anforderungen.

Die Prüfungsassistenten streben nach in der Regel „dreijährigem Training on the job“ kombiniert mit Lehrgangswochen in der Deutschen Sparkassenakademie, Bonn, das Verbandsprüferexamen an. Dieses Examen besteht aus einer mehrtägigen schriftlichen und mündlichen Prüfung und wird von einem Ausschuss beim DSGV abgenommen. Systematische Einstellungs- und Beurteilungsverfahren, strukturierte Mitarbeitergespräche sowie laufende fachliche und berufsrechtliche Mitarbeiterinformationen vervollständigen die Qualitätssicherung in diesem Bereich. Die Überwachung der Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Besorgnis der Befangenheit nehmen wir laufend vor und holen mindestens jährlich eine schriftliche Erklärung aller fachlichen Mitarbeiter der Prüfungsstelle ein.

Die fachlichen und organisatorischen Anweisungen und Hilfsmittel für die Durchführung der Aufträge werden kontinuierlich aktualisiert und in Kooperation mit den anderen Prüfungsstellen erarbeitet und fortentwickelt.

Sowohl die auftragsbegleitende Qualitätssicherung, die Berichtskritik als auch die interne Nachschau sind eingerichtet.

Erfahrungsaustausch der Prüfungsstellen

Die Prüfungsstelle steht zur gegenseitigen Erörterung fachlicher Fragen aus dem Bereich des Prüfungs- und Rechnungswesens in ständigem Kontakt und Erfahrungsaustausch mit den Prüfungsstellen der anderen regionalen Sparkassen- und Giroverbände sowie den zuständigen Fachabteilungen des DSGV, und zwar insbesondere durch die turnusmäßigen Konferenzen der regionalen Prüfungsstellenleiter.

Als wesentliche Besprechungspunkte sind insbesondere zu erwähnen:

- Geschäftsentwicklung, Rentabilität und Risikosituation der Sparkassen,
- Bewertungs- und Bilanzierungsfragen, insbesondere von Wertpapieren, strukturierten Produkten, Fondsanteilen und Beteiligungen,
- BilMoG, Geldwäschebekämpfungsergänzungsgesetz sowie weitere Gesetzesnovellen,
- SolvV, PrüfbV, MaRisk, MaComp und IFRS,
- Prüfung externer Dienstleister in der Sparkassenorganisation,
- Weiterentwicklung der Verbandsprüferausbildung sowie
- aktuelle berufspolitische Entwicklungen im Bereich der Berufsaufsicht und der externen Qualitätskontrolle.

Darüber hinaus ist die Prüfungsstelle in den zentralen Arbeitskreisen „Kontenrahmen und Jahresabschluss der Sparkassen“, „IFRS“, „Geldwäsche“, „Steuern der Sparkassen“ und Fachausschuss „Prüfung des Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäfts“ sowie als Leitung im Arbeitskreis „Prüfung des Auslandsgeschäfts“ und im Fachausschuss „Ordnungsmäßigkeit der Datenverarbeitung (OPDV)“ tätig. Die Prüfungsstelle wird über die Tätigkeit des Arbeitskreises „Treasury“ und des Fachausschusses „Kontrolle und Prüfung“ der Prüfungsstellenleiter laufend informiert.

Hanseatische Sparkassenakademie

Als Bildungseinrichtung des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes fördert die Hanseatische Sparkassenakademie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkassen in ihrer beruflichen und persönlichen Entwicklung und qualifiziert sie für künftige Herausforderungen. Im Mittelpunkt stehen die Vermittlung praxisbezogener Fachkenntnisse und der Aufbau von Handlungskompetenzen. Regelmäßige Weiterbildungsmaßnahmen sind eine Investition in den Markterfolg und in die Zukunft.

Studiengänge

Die Aktivitäten der Akademie konzentrierten sich im Jahr 2010 erneut auf die Weiterentwicklung der Bildungsangebote und die gestiegenen Teilnehmerzahlen bei Klausuren und Prüfungen. Alle Module der Studiengänge an der Hanseatischen Sparkassenakademie werden anhaltend nachgefragt, und die Teilnehmergruppen sind in der Regel gut besetzt. Entsprechend war es auch im Berichtsjahr verstärkt erforderlich, Verwaltungsabläufe anzupassen und die IT-Unterstützung auszuweiten.

Im Basislehrgang, der ersten Stufe der Bildungsarchitektur, erwerben die Teilnehmer in einer mehrmonatigen Phase des Eigenstudiums das für die Beratung von Privatkunden erforderliche Fachwissen. An vier Samstagen ergänzen Präsenzveranstaltungen das Selbststudium und bereiten auf die schriftliche Abschlussprüfung vor. Im Jahr 2010 wurden 4 Basislehrgänge gemeinsam mit der Hamburger Sparkasse durchgeführt. Insgesamt haben seit Einführung der Bildungsarchitektur 955 Teilnehmer an 29 Basislehrgängen teilgenommen, davon haben 598 Personen die Prüfung bestanden. Im Bildungsprogramm der Akademie sind jährlich 4 Basislehrgänge geplant, an denen jeweils etwa 30 bis 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnehmen können.

Der Studiengang zum „Fachberater für Finanzdienstleistungen“ an der Hanseatischen Sparkassenakademie bereitet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf ihre Aufgaben in der Kundenberatung vor. Dieser Studiengang entspricht weitgehend dem ehemaligen „Kundenberaterlehrgang“ bzw. dem in anderen Verbandsgebieten angebotenen „Studiengang zum Sparkassenfachwirt für Kundenberatung“. Die Teilnehmer vertiefen und ergänzen ihr fachliches Wissen und Können durch Erkundungsaufträge, Fallstudien und Rollenspiele. Der Einsatz von Verkaufshilfen erleichtert den Transfer und sichert die Anwendung in zukünftigen Verkaufsgesprächen. Im Berichtszeitraum wurden 2 Studiengänge zum Fachberater für Finanzdienstleistungen mit insgesamt 46 Teilnehmern durchgeführt. Auch zukünftig werden pro Jahr 2 Studiengänge mit jeweils 24 Teilnehmern angeboten.

Der „Studiengang zum Bankfachwirt“ bildet die zweite Stufe der Bildungsarchitektur. Die Teilnehmer erweitern ihre in der Berufspraxis erworbenen Fähigkeiten und vertiefen die Kenntnisse aus dem Basislehr-

gang. Sie erarbeiten in einer mehrmonatigen Phase des begleitenden Eigenstudiums das Fachwissen, das für die Beratung und Betreuung von anspruchsvollen Privat-, Individual- und Firmenkunden oder für die Sachbearbeitung in Marktfolge- und Stabsbereichen erforderlich ist. Zu diesem Zweck wird die Struktur des Studiengangs im Sinne der Bildungsarchitektur modular gestaltet, d. h. ein großer Teil der Studieninhalte wird von allen Teilnehmern gemeinsam absolviert, und zwar in den Fachgebieten „Grundlagen der Finanzmathematik und Statistik“, „Allgemeine Betriebswirtschaftslehre“, „Finanzierungen/Firmenkundengeschäft“, „Wirtschafts- und Währungspolitik“, „Rechtsgrundlagen“ sowie „Immobilien-geschäft“. Die darauf aufbauenden Module zur Vermögensberatung werden überwiegend von Mitarbeitern besucht, die Aufgaben in der Betreuung von Privat- und Individualkunden oder Führungsaufgaben im Vertrieb anstreben, während die Module zum Kreditgeschäft überwiegend von Sachbearbeitern und Vertriebsassistenten im Firmenkundengeschäft belegt werden. Im Berichtszeitraum wurden 4 „Studiengänge zum Bankfachwirt“ mit insgesamt 84 Teilnehmern erfolgreich abgeschlossen und gleichzeitig 3 neue Studiengänge zum Bankfachwirt begonnen, in denen sich zurzeit insgesamt 71 Teilnehmer befinden.

Die dritte Stufe unserer Bildungsarchitektur besteht aus dem „Studiengang zum Bankbetriebswirt“. Es ist das Ziel dieser Bildungsstufe, dass die Teilnehmer die in den vorangegangenen Studiengängen und in ihrem Fachgebiet erlangten Kenntnisse oder das in einem Hochschulstudium erworbene theoretische Wissen vertiefen. Zu diesem Zweck gliedert sich dieser Studiengang in drei Teile:

Der erste Abschnitt dient der Persönlichkeitsbildung der Teilnehmer, d. h. sie erweitern und vervollständigen in vier Seminarveranstaltungen ihre individuelle Handlungs- und Methodenkompetenz. Im zweiten Abschnitt bearbeiten die Teilnehmer eingehend fachliche Inhalte, und zwar einmal die noch nicht absolvierte Fachrichtung des Bankfachwirtstudiums (Vermögensmanagement oder Kreditgeschäft) und zum anderen ausgewählte, anspruchsvolle Inhalte der Bereiche Bankwirtschaft und Betriebswirtschaft. Den dritten Abschnitt bilden die nachfolgend dargestellten Schwerpunkt- oder Spezialmodule, in denen die Teilnehmer spezielle, aufgabenorientierte Kenntnisse erwerben.

Eine Qualifizierung im Modul „Mitarbeiterführung und Ertragssteuerung“ erhalten die Mitarbeiter, die das für die Führung von Mitarbeitern und die Lenkung von Geschäftseinheiten erforderliche Fachwissen erwerben wollen. Das Spezialmodul dient der Stärkung der kommunikativen und sozialen Kompetenz der Teilnehmer. Sie werden befähigt, komplexe Aufgabenstellungen durch die Delegation von Arbeitspaketen oder Teilaufgaben einer abgestimmten, zielführenden Lösung zuzuführen.

Für Mitarbeiter aus den Markt-bereichen bestehen die Spezialmodule „Firmenkundenbetreuung“ und „Vermögensmanagement“ aus Lerneinheiten bzw. Seminarbausteinen, in denen die Teilnehmer das für die

Beratung und Betreuung von Firmen- und Gewerbekunden bzw. vermögende und einkommensstarke Individualkunden erforderliche Fachwissen erwerben. Das Modul „Vermögensmanagement“ wird im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Sparkassenakademie Niedersachsen durchgeführt.

Mitarbeiter aus dem Marktfolgebereich erwerben im Schwerpunktmodul „Kreditanalyse“ das für die Beurteilung von komplexen Kreditengagements erforderliche Fachwissen. Weitere Seminare erweitern die kommunikativen Fähigkeiten der Teilnehmer, z. B. sich im Rahmen der Beurteilung von Kreditnehmern und Kreditsicherheiten umfassend und überzeugend darstellen zu können. Aufgrund des Mengengerüsts wird dieses Aufbaumodul in Kooperation mit der Sparkassenakademie Schleswig-Holstein durchgeführt.

Im Berichtszeitraum konnten insgesamt 34 Bankbetriebswirte ihre Studiengänge mit der Prüfung erfolgreich abschließen. Der „4. Studiengang zum Bankbetriebswirt“ wurde von 16 Teilnehmern im Aufbaumodul „Mitarbeiterführung und Ertragssteuerung“, 1 Teilnehmer im „Vermögensmanagement“ und 3 Teilnehmern der „Firmenkundenbetreuung“ bestanden. Der „5. Studiengang zum Bankbetriebswirt“ wurde im Dezember 2010 mit 14 Teilnehmern erfolgreich beendet. Parallel hierzu schlossen 7 Teilnehmer den „6. Studiengang zum Geprüften Firmenkundenbetreuer“ ab. Die nächsten Studiengänge für Bankbetriebswirte starten im Juni und Oktober 2011.

Seminare

Das Seminarprogramm der Hanseatischen Sparkassenakademie wurde wie bisher gemeinsam mit der Sparkassenakademie Schleswig-Holstein und weiteren externen Partnern angeboten. Es umfasste im Berichtsjahr u. a. 27 Veranstaltungen, von denen insgesamt 14 (2009: 35) durchgeführt werden konnten. Insgesamt besuchten 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2009: 198) die ein- oder mehrtägigen Seminarveranstaltungen. Damit ist die Teilnehmerzahl bei unseren klassischen Seminarthemen zwar erneut stark zurückgegangen. Durch eine zusätzlich ins Programm aufgenommene Veranstaltung konnte dieser Rückgang jedoch mehr als nur aufgefangen werden: Die Akademie organisierte eine mehrstufige Seminar-Aufbaureihe für Mitarbeiter der Bereiche Firmenkunden und Private Banking. Bei 51 Terminen erreichte die Akademie hier eine Beteiligung von 344 Mitarbeitern. Diese zusätzliche Seminarserie wird im laufenden Jahr fortgesetzt.

Akademiegremien

Die Mitglieder des Beirates der Hanseatischen Sparkassenakademie kamen im Berichtszeitraum nicht zusammen. Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse wurden im Rahmen der oben genannten Studiengänge tätig.

Ausblick auf das Jahr 2011

In Hamburg werden voraussichtlich 3 Basislehrgänge, 2 Studiengänge zum Fachberater für Finanzdienstleistungen, 3 Studiengänge zum Bankfachwirt und 2 Studiengänge zum Bankbetriebswirt mit weiteren Aufbaumodulen beginnen.

Das Seminarprogramm der Hanseatischen Sparkassenakademie für 2011 umfasst 43 Termine, von denen mehrere Veranstaltungen teilweise mit neuen Themen gemeinsam mit der Sparkassenakademie Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Westfalen-Lippe und externen Veranstaltern durchgeführt werden. Die Seminar-Aufbaureihe wird fortgesetzt.

Zusammengefasste Bilanzen der Sparkassen

Entwicklung nach der Bilanzstatistik von Ende 2006 bis 2010

Aktiva					
	2006 Mill. €	2007 Mill. €	2008 Mill. €	2009 Mill. €	2010 Mill. €
Kassenbestand	271,9	337,0	304,2	326,4	278,7
Guthaben bei Zentralnotenbanken	274,6	466,8	1 552,1	605,8	202,9
Wechsel	–	–	–	–	–
Forderungen an Kreditinstitute	7 232,1	7 693,3	5 166,4	4 721,3	2 649,2
Forderungen an Kunden	31 287,9	30 783,9	32 381,9	34 165,6	36 348,7
Wertpapiere	7 150,9	7 221,2	8 782,7	10 200,6	10 963,9
Treuhandvermögen	21,7	21,4	20,5	19,7	18,7
Ausgleichsforderungen	–	–	–	–	–
Sachanlagen	196,9	182,8	168,1	155,6	141,4
Sonstige Aktiva	444,5	808,5	613,9	525,2	857,2
Bilanzsumme	46 880,6	47 515,0	48 989,8	50 720,2	51 460,8

Passiva					
	2006 Mill. €	2007 Mill. €	2008 Mill. €	2009 Mill. €	2010 Mill. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8 122,7	8 154,2	7 102,5	7 105,3	7 710,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
Spareinlagen	11 019,7	10 558,0	10 521,6	9 510,4	9 143,3
andere Verbindlichkeiten	18 792,3	19 868,1	22 367,9	24 996,2	25 203,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	3 961,8	3 640,6	3 311,6	3 664,9	3 723,4
Treuhandverbindlichkeiten	21,7	21,4	20,5	19,7	18,7
Rückstellungen und Wertberichtigungen	905,4	915,9	958,8	1 005,0	1 060,5
Sonderposten mit Rücklageanteil	–	–	–	–	–
Nachrangige Verbindlichkeiten	534,5	514,5	493,7	529,9	543,0
Genussrechtskapital	147,2	147,2	147,2	137,0	62,0
Eigenkapital	2 037,3	2 147,3	2 199,4	2 236,9	2 256,1
Sonstige Passiva	1 338,0	1 547,8	1 866,6	1 514,7	1 739,8
Bilanzsumme	46 880,6	47 515,0	48 989,8	50 720,2	51 460,8

Hanseatischer Sparkassen- und Giroverband
Überseering 4, 22297 Hamburg
Telefon (040) 637020-0 • Telefax (040) 637020-99
info@hsgv.de • www.hsgv.de